



» BiB

BAU IM BLICK

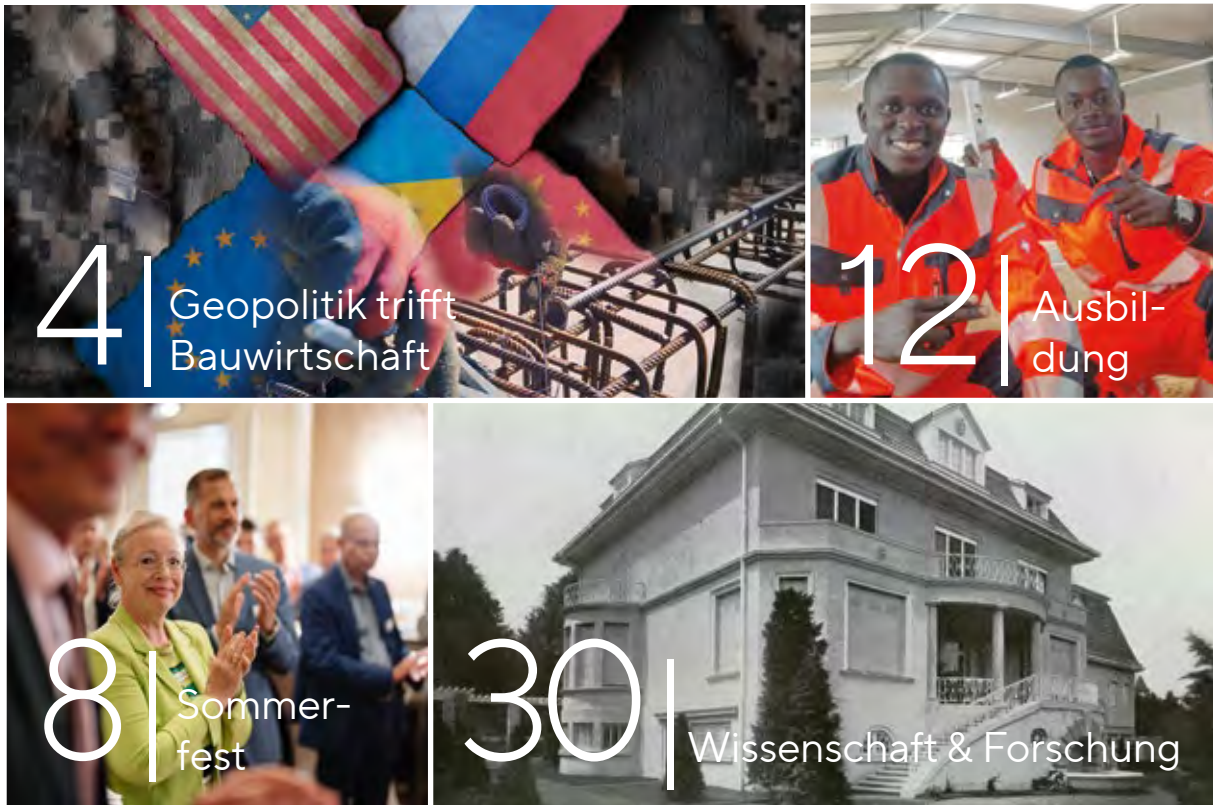
03 | 2025

Geopolitik trifft Bauwirtschaft – Herausforderung für die Branche
Sommerfest am Griebnitzsee 2025

Ausländische Nachwuchskräfte für die Bauwirtschaft

Baupraxis – Technisch anspruchsvoller Deponieausbau auf schwieriger Basis

Ein Ort mit bewegter Geschichte – die Villa Herpich in Neubabelsberg



Inhalt

TOP-THEMA GEOPOLITIK & BAUWIRTSCHAFT

- Wie internationale Spannungen die Branche in Ostdeutschland herausfordern 4

MEINUNG

- Zwischen Quote und Realität: die Zusätzlichkeit im Sondervermögen Infrastruktur 6

NACHGEFRAGT

- Drei Fragen an Prof. Dr. Joachim Ragnitz, Stellvertretender Leiter der ifo Niederlassung Dresden 7

BAU IM BLICK

- Sommerfest am Griebnitzsee 8
Effiziente Dokumentenablage mit Künstlicher Intelligenz 10
E-Learning-Kurs – Cybersicherheit im Überblick Risiken vermeiden, sicher handeln 11

AUSBILDUNG UND NACHWUCHSSUCHE

- Ausländische Nachwuchskräfte für die Bauwirtschaft 12
Aus den Ausbildungszentren 14
Beton neu gedacht – CO₂-Reduktion durch Ziegelrezyklat | Baupreis 2025 18
Urban LAB: Archipelago Dresden 2023 | Baupreis 2025 20

LÄNDERSPIEGEL

- Berlin | Verwaltungsreform Berlin 22
Berlin | EinfachBauenBerlin! 22
Berlin | Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen Berlin 23

- Brandenburg | Bürokratieabbau im Fokus – BIVO als Sachverständiger im Landtag Brandenburg 23
Brandenburg | Antrittsbesuch bei Minister Tabbert 24
Brandenburg | Gespräch mit der CDU-Fraktion 24
Sachsen | Austausch mit Staatsministerin Kraushaar – klare Worte zur Infrastrukturfinanzierung 24
Sachsen | Sachsen beschließt Doppelhaushalt 2025/26 – Signalwirkung für Bau und Infrastruktur 25
Sachsen-Anhalt | Novelle des Straßengesetzes 25
Sachsen-Anhalt | Landesregierung novelliert Bauordnung – BIVO bringt sich ein 26
Sachsen-Anhalt | Novelle des Vergabegesetzes – BIVO nimmt Stellung 26
Sachsen-Anhalt | SPD-Abgeordnete zu Gast im ÜAZ Magdeburg 27

BAUPRAXIS

- Zentraldeponie Cröbern – Technisch anspruchsvoller Deponieausbau auf schwieriger Basis 27

WISSENSCHAFT & FORSCHUNG

- Ein Ort mit bewegter Geschichte – die Villa Herpich in Neubabelsberg 30

AKTUELLE RECHTSPRECHUNG

- Fehlender Vermittlungsauftrag an die Bundesagentur für Arbeit bei der Stellenbesetzung kann ein Indiz für eine Benachteiligung sein 33

AUS DEM VERBAND

- BAUKONJUNKTUR IN ZAHLEN 38

Liebe Leserinnen und Leser der »Bau im Blick« ,

im dritten Quartal des Jahres 2025 zeigen wir mit besonderer Deutlichkeit, wie stark die Bauwirtschaft inzwischen von globalen Entwicklungen beeinflusst wird. Geopolitische Konflikte, fragile Lieferketten und wirtschaftliche Unsicherheit hinterlassen längst auch auf den regionalen Baustellen ihre Spuren. Die Branche steht unter Druck, zugleich eröffnen sich neue Fragen, aber auch neue Wege im Umgang mit Instabilität.

Unser Top-Thema »Geopolitik trifft Bauwirtschaft« greift diesen Zusammenhang auf. Zusätzlich zu dem ifo Institut in Dresden analysieren wir die Auswirkungen internationaler Spannungen auf Bauprozesse, Investitionsentscheidungen und Unternehmensstrategien. Ergänzt wird diese Perspektive durch einen Meinungsartikel, der die Frage aufwirft, ob das Infrastruktur-Sondervermögen unter den aktuellen Bedingungen die gewünschte Wirkung entfalten kann.

Neben diesen wirtschafts- und ordnungspolitischen Fragen richten wir den Blick in dieser Ausgabe auch auf die Themen Ausbildung, Digitalisierung und Landespolitik. In einem besonders praxisnahen Schwerpunkt widmen wir uns der Fachkräftesicherung. Mit dem Karrieretag Bauwirtschaft und dem Berufsleistungsvergleich zeigen wir, wie junge Menschen erfolgreich für die Branche begeistert werden können. Dabei rückt auch die Frage nach Nachhaltigkeit in der Ausbildung stärker in den Mittelpunkt. Technologische Entwicklungen greifen wir mit der Vorstellung des Start-ups *focused ai* auf. Das Unternehmen zeigt, wie digitale Methoden, insbesondere durch den Einsatz künstlicher Intelligenz, dazu beitragen können, Prozesse auf der Baustelle effizienter zu gestalten. Zudem berichten wir im Länderspiegel über die aktuellen Reformvorhaben sowie die politischen Termine in Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Themen wie die Bauordnung, das Vergaberecht, der Bürokratieabbau oder die Initiative »EinfachBauenBerlin« verdeutlichen, wie stark sich politische Rahmenbedingungen derzeit verändern und welche direkten Auswirkungen dies auf die Branche hat.



Dr. Robert Momberg
Hauptgeschäftsführer

In gewohnter Weise berichten wir Ihnen auch aus unseren Gremien, darunter aus den Fachabteilungen und regionalen Gesprächsrunden. Und nicht zuletzt blicken wir auf das diesjährige Sommerfest, das erneut einen gelungenen Rahmen für den persönlichen Austausch innerhalb unseres Netzwerks geboten hat.

Ich wünsche Ihnen eine ebenso informative wie interessante Lektüre und viele neue Einblicke in die Entwicklungen unserer Branche.

Mit besten Grüßen

Ihr Dr. Robert Momberg

**Regionale
Bauwirtschaft
wird von globalen
Entwicklungen
beeinflusst**

➤ Geopolitik trifft Bauwirtschaft: Wie internationale Spannungen die Branche in Ostdeutschland herausfordern

Die ostdeutsche Bauwirtschaft steht vor einer wachsenden Zahl an Herausforderungen, die zunehmend auch durch internationale Entwicklungen beeinflusst werden. Während die Branche in den vergangenen Jahren vor allem mit »heimischen« Themen wie dem Fachkräftemangel, der überbordenden Bürokratie oder den steigenden Bauzinsen zu kämpfen hatte, geraten nun auch weltpolitische Spannungen stärker in den Fokus. Aktuell sind in diesem Zusammen-

hang insbesondere drei Entwicklungen relevant: die zunehmend protektionistische Zollpolitik der Vereinigten Staaten, die anhaltend angespannte Lage im Nahen Osten sowie der andauernde Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Diese geopolitischen Risiken wirken nicht isoliert – sie können internationale Wertschöpfungsketten stören, Marktverhältnisse verschieben und bestehende Unsicherheiten in der Branche verschärfen.

Dass geopolitische Entwicklungen auch ganz konkrete Auswirkungen auf die ostdeutsche Bauwirtschaft haben können, hat das Jahr 2023 bereits eindrücklich gezeigt. Infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine kam es zu erheblichen Materialpreissteigerungen – insbesondere bei Baustahl, Bitumen und Energie. Diese Entwicklungen trafen viele Bauvorhaben inmitten der Ausführung und zwangen Unternehmen zu kurzfristigen Nachkalkulationen oder Projektverzögerungen. Diese Erfahrung unterstreicht: Es lohnt sich, geopolitische Risiken systematisch im Blick zu behalten – auch in einer Branche, die vorrangig regional organisiert ist. Ein weiteres Beispiel mit aktuell noch offenem Ausgang ist die Ansiedlung des taiwanesischen Halbleiterherstellers TSMC in Dresden. Das Projekt gilt als strategisch bedeutend für die wirtschaftliche Entwicklung der Region »Silicon Saxony« – steht jedoch gleichzeitig unter geopolitischer Beobachtung. Angesichts der wachsenden Spannungen zwischen China und Taiwan wird deutlich, wie geopolitische Konflikte ganz konkret nach Ostdeutschland getragen werden können – mit möglichen Auswirkungen auf Industrie, Infrastruktur und Beschäftigung.

US-Zölle belasten internationale Lieferketten – auch in Ostdeutschland

Die jüngsten Maßnahmen der US-Regierung, etwa die Einführung oder Ausweitung von Strafzöllen auf Stahl, Aluminium, Maschinen und elektronische Komponenten aus China und der EU, haben weltweit zu Marktverwerfungen geführt. Es zeigen sich bereits spürbare Auswirkungen dieser Politik. Vor allem Rohstoffe, Vorprodukte und Maschinen werden durch Marktverdrängungseffekte knapper und teurer. Produzenten, die ihre Waren nicht mehr in den USA absetzen können, drängen auf alternative Absatzmärkte – mit entsprechenden Folgen für Angebot und Preisstruktur. Zusätzlich steigen Transportkosten infolge längerer Handelsrouten und Logistikanpassungen.

Auch die ostdeutsche Wirtschaft kann hiervon betroffen sein – insbesondere dann, wenn es infolge gestörter Lieferketten zu Verzögerungen oder Verteuerungen bei Baukomponenten kommt. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt rechnet beispielsweise in einer aktuellen Stellungnahme mit Produktionsverlusten von rund 360 Millionen Euro im industriellen Sektor des Landes aufgrund der Zollpolitik der Vereinigten Staaten. Zwar treten

direkte Auswirkungen bislang vor allem im Einzelfall auf, doch die möglichen Folgewirkungen verdienen Aufmerksamkeit – auch in der Bauwirtschaft.

Auch beim wachsenden Protektionismus zeigen sich bereits konkrete Auswirkungen auf die Region. Die geplante Großansiedlung des amerikanischen Tech-Konzerns Intel in Magdeburg scheiterte nicht zuletzt auch an der politischen Vorgabe, das amerikanische Unternehmen vorwiegend in der Heimat produzieren sollen.

Naher Osten: Energiepreise und Investitionsklima unter Druck

Noch weniger kalkulierbar ist derzeit die Lage im Nahen Osten. Die wiederholt eskalierenden Spannungen zwischen dem Iran und Israel erhöhen die Unsicherheit auf den globalen Märkten. In der Folge können Öl- und Gaspreise sprunghaft ansteigen – mit direkten Effekten auf Transport-, Produktions- und Materialkosten. Besonders betroffen wären hiervon Unternehmen im Straßen-, Tief- und Infrastrukturbau, deren Tätigkeiten stark energieabhängig sind.

Geopolitische Krisen wirken sich erfahrungsgemäß dämpfend auf das Investitionsklima aus. Private Investoren reagieren in unsicheren Lagen zurückhaltend, Finanzierungsentscheidungen verzögern sich oder werden ganz ausgesetzt. Gerade in einer solchen Phase kann der öffentlichen Hand eine besondere Rolle zukommen. Sie kann durch verlässliche Investitionsentscheidungen Vertrauen schaffen und damit auch private Aktivitäten stabilisieren. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist die konsequente Umsetzung des angekündigten Sondervermögens »Infrastruktur« von zentraler Bedeutung – zur Absicherung öffentlicher Bauprojekte, aber auch als Signal an den Markt in international schwierigen Zeiten.

Globale Risiken, regionale Auswirkungen

Die Bauwirtschaft in Ostdeutschland ist kein autarkes System. Globale Dynamiken bestimmen zunehmend die Rahmenbedingungen vor Ort mit. Wer regionale Wirtschaftskraft und Beschäftigung sichern will, muss daher auch internationale Entwicklungen in seine Planungen einbeziehen. Die Politik ist gefordert, stabile Rahmenbedingungen zu schaffen, regionale und europäische Lieferketten zu stärken und Resilienzstrategien zu fördern.

Zwischen Quote und Realität: die Zusätzlichkeit im Sondervermögen Infrastruktur

Von Dr. Robert Momberg, Hauptgeschäftsführer Bauindustrieverband Ost e.V.



Mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur – diese Forderung begleitet unsere Arbeit seit vielen Jahren: in politischen Gesprächen, Pressemitteilungen und Positionspapieren. Umso mehr begrüßte die ostdeutsche Bauindustrie die Ankündigung des neuen Sondervermögens »Infrastruktur und Klimaneutralität«, mit dem der Bund erhebliche Mittel für diesen Bereich bereitstellt. Gerade in Ostdeutschland besteht bekanntermaßen dringender Handlungsbedarf – der Investitionsstau bei Straßen, Brücken und Netzen ist unübersehbar.

Doch die konkrete Ausgestaltung des Sondervermögens wirft bereits Fragen auf – insbesondere mit Blick auf das Prinzip der Zusätzlichkeit und den deutlich ausgeweiteten Verwendungsrahmen.

Ursprünglich war vorgesehen, dass die Mittel aus dem Sondervermögen zusätzliche Investitionen ermöglichen – also Vorhaben finanzieren, die über die bereits geplanten Investitionen in den Haushalten der Länder hinausgehen. Inzwischen wurde dieses Prinzip bereits abgeschwächt: Eine pauschale

Investitionsquote von zehn Prozent in den vergangenen Jahren soll als Nachweis für Zusätzlichkeit ausreichen. Für einige unserer Verbandsbundesländer mag diese Schwelle formal erfüllt sein. Doch ein Blick in die Haushaltspläne – und nicht zuletzt auf die Straßen und Brücken in der Region – zeigt ein anderes Bild: Die bereitgestellten Mittel für Infrastrukturinvestitionen reichen seit Jahren nicht aus, um den Bestand zu sichern – geschweige denn, ihn weiterzuentwickeln. In einigen Bereichen sind die Ansätze in den Landeshaushalten sogar rückläufig. In dieser Situation auf zusätzliche Investitionsanstrengungen zu verzichten, wäre aus unserer Sicht ein fatales politisches Signal.

Gleichzeitig wurde der Verwendungsbereich des Sondervermögens für die Länder erheblich erweitert. Der Begriff »Infrastruktur« lässt sich breit auslegen und umfasst heute vieles – von Bildungsbauten über Digitalisierung bis hin zu energetischen Sanierungen. All das hat seine Berechtigung. Doch je weiter der Fokus gestreut wird, desto größer wird das Risiko, dass sich die Mittel über eine Vielzahl von Maßnahmen verteilen, ohne dass der notwendige Schwerpunkt auf der klassischen baulichen Infrastruktur erhalten bleibt.

Für die ostdeutsche Bauwirtschaft bedeutet das wachsende Unsicherheit: Wo genau wird investiert? Und wie verbindlich sind die angekündigten Vorhaben tatsächlich?

Unser Anspruch bleibt klar: Wir wollen zur Modernisierung und Leistungsfähigkeit der Region beitragen. Das Sondervermögen kann dafür ein wichtiges Instrument sein – wenn es gezielt und wirksam eingesetzt wird. Entscheidend ist, dass die Mittel tatsächlich zusätzlich wirken, zweckgebunden für investive Maßnahmen verwendet werden und dass der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur – insbesondere im Verkehrsbereich – nicht erneut aus dem Fokus politischer Prioritätensetzungen gerät.

Dafür setzen wir uns ein. Im engen Dialog – aber mit klarer Erwartung.

› Drei Fragen an ...

Prof. Dr. Joachim Ragnitz

Stellvertretender Leiter der ifo Niederlassung
Dresden

Internationale Konflikte und Handelsstreitigkeiten wirken zunehmend auf Wertschöpfungsketten und Investitionsentscheidungen. Welche volkswirtschaftlichen Risiken sehen Sie für die ostdeutsche Bauindustrie?

Prof. Dr. Joachim Ragnitz: Die direkten Auswirkungen internationaler Krisen auf die heimische Bauwirtschaft sind eher gering, da die wenigsten Baufirmen tatsächlich im Ausland tätig sind. Aber indirekte Wirkungen gibt es schon: Nachfrageseitig über mögliche negative Einkommenseffekte bei den Auftraggebern, eine stärkere Verunsicherung von Bauherren, unter Umständen auch Zinssteigerungen. Und angebotsseitig über eine Verknappung und damit Verteuerung von Vorprodukten, die aus dem Ausland bezogen werden, möglicherweise auch durch Preissteigerungen bei international gehandelten Gütern, die auch in der Bauwirtschaft Verwendung finden.

Die Diskussion um strategische Resilienz – also die Widerstandsfähigkeit wirtschaftlicher Strukturen gegenüber externen Schocks – hat durch geopolitische Unsicherheiten neuen Auftrieb erhalten. Welche Rolle können regionale Wertschöpfungsketten aus volkswirtschaftlicher Sicht künftig spielen?

Prof. Dr. Joachim Ragnitz: Der große Vorteil internationaler Arbeitsteilung ist es ja, dass Güter von dort bezogen werden, wo sie billiger hergestellt werden können als in Deutschland. Nur dort, wo mögliche Lieferengpässe bei Bezug aus dem Ausland weitreichende Folgen auch für nachgelagerte Wirtschaftszweige oder die Versorgungssicherheit bei unabdingbaren Produkten haben, erscheint der Aufbau einer eigenen Produktion sinnvoll – die höheren Kosten kann man dann als Versicherung gegen Lieferausfälle betrachten. Eine bessere Strategie wäre es aus meiner Sicht allerdings, wenn man stärker diversifiziert, also die Abhängigkeit von wenigen Lieferländern zu verringern versucht. Bei vielen Produkten ist das auch möglich.



Foto: © Elias Hassos

Steigende Energiepreise infolge globaler Krisen treffen die Bauindustrie besonders stark. Welche gesamtwirtschaftlichen Maßnahmen wären aus Ihrer Sicht geeignet, die Preisvolatilität für energieintensive Branchen abzufedern?

Prof. Dr. Joachim Ragnitz: Steigende Energiepreise sind zwar ein Ärgernis, aber für die allermeisten Branchen wegen des geringen Anteils an den Gesamtkosten dennoch verkraftbar – viel wichtiger sind im Regelfall die Arbeitskosten, bei denen bereits geringe Steigerungen zu einer massiven zusätzlichen Belastung der Betriebe führen. Und bei den wirklich energieintensiven Branchen – zum Beispiel Chemie, Metallerzeugung, Papierindustrie – muss man sich halt immer fragen, ob es günstiger ist, die Endprodukte zu importieren oder sie tatsächlich hier herzustellen. Wenn Deutschland diese Branchen dauerhaft behalten will, sollte man eher in Technologien zur Steigerung der Energieeffizienz investieren und dies auch politisch unterstützen, um von dieser Seite her die Anfälligkeit gegenüber hohen Energiepreisen zu verringern.

Sommerfest am Griebnitzsee



(v. l.): Karsten Vollmer, Jörg Muschol, Minister Tabbert, Senator Gaebler, Dr. Robert Momberg



Am 28. August 2025 lud der Bauindustrieverband Ost zu seinem traditionellen Sommerfest ins Verbandshaus in Potsdam ein. Rund 180 Gäste aus Politik, Verwaltung und Bauwirtschaft folgten der Einladung und nutzten den spätsommerlichen Abend für Gespräche und Austausch in besonderem Ambiente.

Eröffnet wurde das Fest von **Jörg Muschol**, Präsident des BIVO, der die aktuelle Baukonjunktur in den Blick nahm und dabei auch die historische Bedeutung des Veranstaltungsortes hervorhob. Das Verbandshaus, die sogenannte »Stalin-Villa«, erinnert an die Potsdamer Konferenz vor 80 Jahren – ein Ort, der Wandel und Geschichte zugleich verkörpert.



In ihren Grußworten gingen **Detlef Tabbert**, Minister für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg, und **Christian Gaebler**, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen des Landes Berlin, auf aktuelle politische Themen ein. Minister Tabbert hob hervor, dass der Bürokratieabbau in Brandenburg, insbesondere mit der Bauordnungsnovelle und dem Sonderausschuss Bürokratieabbau, spürbar an Fahrt aufnimmt. Senator Gaebler verwies auf die Verwaltungsreform in Berlin, die ebenso Bürokratie abbauen soll, und lobte die erfolgreiche Zusammenarbeit im Bündnis für Wohnungsneubau und der Initiative »EinfachBauenBerlin!«, die den Dialog zwischen Bauwirtschaft und Senat stärken.



Das Sommerfest bot damit nicht nur Gelegenheit zum Netzwerken in entspannter Atmosphäre, sondern auch Raum für wichtige politische Impulse. Wir danken allen Gästen, Rednern und Unterstützern für einen gelungenen Abend!

Impressionen Sommerfest 2025 in Potsdam



Effiziente Dokumentenablage mit Künstlicher Intelligenz

– Aus der Bauwirtschaft für die Bauwirtschaft –

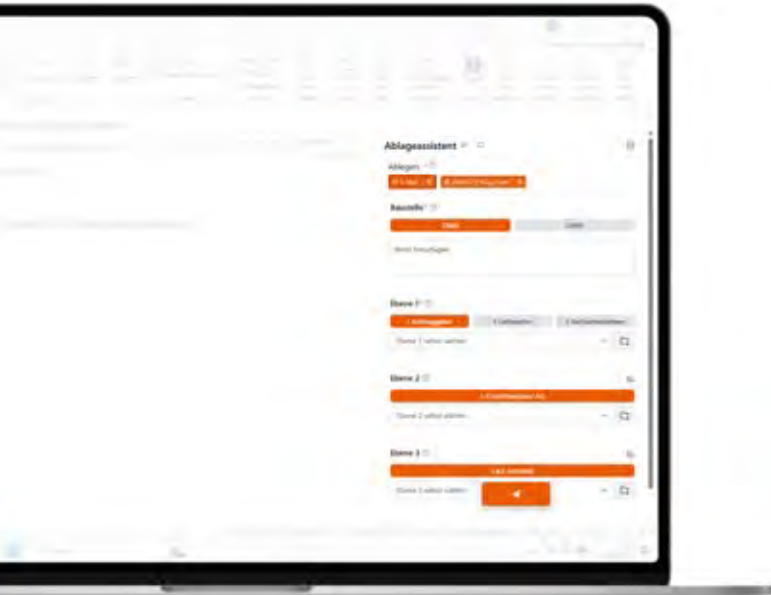


Bild: focused ai GmbH

Bauleiter verbringen bis zu 30 Minuten pro Tag damit, Dokumente aus dem E-Mail-Postfach in die digitale Bauakte zu verschieben. Doch obwohl erschreckend viel Zeit in die Dokumentenablage investiert wird, findet eines von vier Dokumenten dennoch nicht den Weg aus dem E-Mail-Postfach dorthin, wo es später gesucht wird.

Das macht die manuelle Dokumentenablage nicht nur zu einem Zeitfresser, sondern auch zu einer Fehlerquelle und zu einem Dokumentationsrisiko.

Deshalb automatisiert focused ai genau diesen Prozess. Sobald eine E-Mail einght, erkennt die speziell dafür trainierte KI sofort, zu welchem Projekt ein Dokument gehört und wo in diesem Projekt diese E-Mail oder der enthaltene Anhang abgelegt werden muss. Als einzige Aufgabe für die Mitarbeitenden bleibt nur noch, den Ablagevorschlag zu bestätigen – ohne Medienbruch direkt in Microsoft Outlook.

Damit wird die Ablage von Dokumenten zu einem einzigen Klick.

Als Ablagesystem kann dabei ein Fileserver genauso wie ein SharePoint oder ein dediziertes DMS eingesetzt werden.

Sollte ein Vorschlag einmal nicht korrekt sein, kann er mit wenigen Klicks einfach korrigiert werden. So lernt die KI aus dem Feedback des Nutzers und versteht so die individuelle Ablagestruktur des Unternehmens mit jeder E-Mail besser – bis zu einem Punkt, an dem 95 Prozent aller E-Mails mit einem einzigen Klick abgelegt werden können.

Für seine Kunden konnte focused ai so die Zeit, die Mitarbeiter mit der Dokumentenablage verbringen, bisher um mehr als 90 Prozent reduzieren und die Anzahl der Dokumente, die nicht oder falsch abgelegt wurden, um 80 Prozent senken.

Als Unternehmen ist focused ai eine Ausgründung aus der mittelständischen Bauunternehmung Karl Gemünden. focused ai hat es sich zur Aufgabe gemacht, systematisch Prozesse in der Bau- und Immobilienwirtschaft mit Hilfe von KI zu automatisieren. Dabei entwickelt es KI speziell für die Baubranche, mit der Baubranche.



focused ai GmbH

Geschäftsführer
Jonas Mühlbauer

E info@focused-ai.tech
T +49 174 7450852

focused ai GmbH
Rheinstraße 194b
55218 Ingelheim am Rhein

www.focused.construction

Bauakademie Ost:

E-Learning-Kurs – Cybersicherheit im Überblick

Risiken vermeiden, sicher handeln



Bild: pixabay | © Cliff Hang

Dieser Kurs zur Cybersicherheit vermittelt grundlegendes Wissen über digitale Bedrohungen und sensibilisiert Mitarbeitende aller Fachbereiche für einen sicheren Umgang mit digitalen Systemen. Angesichts der zunehmenden Häufigkeit und Professionalität von Cyberangriffen – etwa durch Phishing, Ransomware oder Social Engineering – reicht technischer Schutz allein nicht mehr aus. Ziel des E-Learning-Kurses ist es, ein praxisnahes Verständnis für Motive, Methoden und Schutzmaßnahmen im Bereich Cybersicherheit zu schaffen. Dabei steht die Förderung sicherheitsbewussten Verhaltens im Vordergrund, um typische Fehler zu vermeiden und die digitale Resilienz der gesamten Organisation zu stärken – unabhängig vom technischen Vorwissen der Teilnehmenden.

Inhalte:

- Motive und Ziele von Cyberangriffen
- Typische Angriffsmethoden
- Schutzmaßnahmen und sicheres Verhalten
- Besondere Verantwortung von Führungskräften

Kurslänge:

ca. 2,5 Std.

Zielgruppe:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Führungskräfte aus allen Fachbereichen, die regelmäßig digitale Systeme nutzen.

Preis:

Einführungsangebot bis zum 15. Oktober
229 EUR / 179 EUR *

Regulärer Preis ab 16. Oktober:

249 EUR / 199 EUR*

*Ermäßigter Preis für Mitgliedsunternehmen des Bauindustrieverbandes Ost e. V.

Fachexperte:

Marian Kogler
Gründer und Geschäftsführer syret GmbH

Infos unter folgendem Link:

<https://bauakademie-ost.de/e-learning/cybersicherheit-im-ueberblick/#/de/classes/view/62>



› Ausländische Nachwuchskräfte für die Bauwirtschaft



Dass die Bauindustrie eine der Wirtschaftssektoren mit dem erheblichsten Fachkräftebedarf ist, ist heute jedem bewusst. Schon seit Jahren suchen Ausbildungsbetriebe händeringend nach Nachwuchskräften. Verschiedenste Rekrutierungsstrategien werden eingesetzt, um leere Stellen zu besetzen. Dazu gehört u. a. die Anwerbung ausländischer Auszubildender. Ähnlich zum Bau Bildung Sachsen-Anhalt e. V. rekrutiert der Bau Bildung Sachsen e. V. zunehmend junge Menschen aus Asien und Afrika sowie ausländische Bewerbende, die bereits in Sachsen wohnen. Wir sprachen mit **Phillipp-Georg Stephan**, Willkommenslotse bei Bau Bildung Sachsen e. V., über die Hintergründe, Chancen sowie Herausforderungen.

zeitgleich Deutsch an einer der dortigen Sprachschulen. Wir erhalten Bewerbungsunterlagen von den einzelnen Interessierten, mit denen wir uns dann an sächsische Bauunternehmen wenden. Wenn ein passendes Unternehmen zugesagt hat, findet ein erstes Online-Gespräch statt, in dem sich beide Seiten näher kennenlernen können. Wenn es passt, erhalten die Bewerbenden einen Ausbildungsvertrag von den Unternehmen und es kann damit begonnen werden, die formalen Prozesse einzuleiten.

Sind die Firmen Ihrer Erfahrung nach offen für ausländische Auszubildende? Klappt die Vermittlung gut?

Wie ermöglichen Sie es den jungen Menschen aus dem Ausland, einen Ausbildungsplatz hier in Deutschland zu finden?

Phillipp-Georg Stephan: In den Ländern der Bildungspartner finden Ausbildungen im Bereich der Bauindustrie an spezifischen Colleges statt, mit denen wir in einer engen Zusammenarbeit stehen. Dortige Ansprechpartner übermitteln uns regelmäßig interessierte Auszubildende Anfang 20, die sich vorstellen könnten, ihre Ausbildung in Deutschland zu beginnen. Sie lernen bereits

Phillipp-Georg Stephan: Wir haben eine recht hohe Vermittlungsquote, ja. Ich würde sie auf ca. 70 Prozent schätzen. Dieses Jahr haben wir ungefähr 20 junge Menschen u. a. Vietnam, der Mongolei, China und Burkina Faso, die ihre Ausbildung in sächsischen Unternehmen beginnen. Die Firmen wissen natürlich, welche Herausforderungen da auf sie zukommen. Aber sie wissen auch, dass die Bindung der Auszubildenden an diese Stelle besonders stark ist. Flüge und Lebenserhaltungskosten zu Beginn der Ausbildung müssen von ihnen selbst gestemmt werden. Die jungen Menschen müssen sich sicher sein, dass sie



das wirklich machen wollen. Da sie meistens bereits die Ausbildung im Ausland begonnen oder Praktika auf dem Bau absolviert haben, wissen sie, was auf sie zukommen wird. Die Unternehmen finden es dabei gut, dass die Auszubildenden bereits etwas älter sind. Dadurch sind sie gefestigter und wissen, was sie wollen.

Haben die Auszubildenden dennoch viel Unterstützung? Plötzlich in einem anderen Land zu leben, muss überfordernd sein.

Phillipp-Georg Stephan: Als Willkommenslotse unterstütze ich nicht nur die Unternehmen bei vielen Prozessen, sondern auch die Auszubildenden. Ich bereite sie z. B. auf die ersten Bewerbungsgespräche mit den Unternehmen vor, erkläre ihnen, was wichtig ist. Neben den Auszubildenden und anderen Mitarbeitenden in unseren Ausbildungszentren kümmern sich auch Ansprechpartner in den Firmen um die jungen Menschen. Sie helfen bei Fragen und Problemen. Im Arbeitsalltag kann es schon mal stressig werden, weil die anderen Facharbeitenden nicht immer die Zeit haben, auf die spezifischen Bedürfnisse der Auszubildenden einzugehen. Manchmal fällt die Kommunikation schwer oder etwas wird falsch verstanden. Das ändert jedoch nichts daran, dass alle von ihnen fleißig und vor allem gewissenhaft – zuverlässig, motiviert, pünktlich – arbeiten. Das merken die Facharbeitenden im Unternehmen dann schnell.

Gewisse sprachliche Hürden bleiben also trotz Sprachschule in den Heimatländern bestehen, oder?

Phillipp-Georg Stephan: Ja, das ist leider nicht vermeidbar. Die Auszubildenden kommen hier mit einem B1-Niveau an. Das ist schon gut, aber es ist noch nicht ganz ausreichend, besonders für die Theorie. Am Ende des ersten Lehrjahres sollten sie bereits das Niveau B2 haben, wodurch besonders große Verbesserungen in der Fachsprache erkennbar sind. Im Arbeitsalltag fällt das Erlernen der Sprache zudem viel einfacher. Würden wir direkt ein höheres Sprachniveau erwarten, hätten wir deutlich weniger Bewerbende.

Gibt es noch andere Hürden, die während des Kooperationsprojektes anfallen?

Phillipp-Georg Stephan: Es gibt bürokratische Hürden, die Unternehmen würden das ohne unsere

Unterstützung nicht unbedingt schaffen können. Die Auszubildenden brauchen ein Visum, das bei der Botschaft beantragt werden muss. Je nach Herkunftsland sind die Anforderungen an die Ausstellung eines Visums völlig unterschiedlich. Es herrscht keine Einheitlichkeit bei den geforderten Unterlagen. Teilweise müssen die Auszubildenden jedes Detail mit Originaldokumenten nachweisen, manchmal reichen einfache Kopien der wichtigsten Dokumente. Auch die Terminfindung bei den Botschaften ist oftmals langwierig und kann den gesamten Vermittlungsprozess aufhalten.

Das klingt nach unheimlich viel Aufwand. Was motiviert die jungen Menschen, trotz dessen nach Deutschland kommen zu wollen?

Phillipp-Georg Stephan: Erst einmal ist ein gewisses kulturelles Interesse an Deutschland vorhanden sowie die weltweit bekannte duale Ausbildung, die hier angeboten wird. Dazu kommt ein monetärer Anreiz und die soziale Absicherung. Hier in Deutschland haben sie eine hohe Ausbildungsvergütung, Krankenversicherung, festgeschriebene Urlaubstage usw. In anderen Ländern ist solch eine wirtschaftliche Sicherheit nicht immer gewährleistet. Außerdem sind die verschiedenen Spezialisierungsmöglichkeiten während und nach der Ausbildung sehr beliebt. Manche wollen im Anschluss noch die Aufstiegsfortbildung im Bau dranhängen oder sogar noch studieren.

Das klingt auf jeden Fall nach einer guten Chance für die Auszubildenden. Hoffentlich wird es in den kommenden Jahren mit dem Projekt weitergehen.

Phillipp-Georg Stephan: Unbedingt! Ich gehe davon aus, dass der Anteil der ausländischen Auszubildenden steigen wird. In Zukunft wollen wir versuchen, die Kandidierenden noch früher im Jahr an die Unternehmen heranzuführen, um eine rechtzeitige Einreise zum Ausbildungsbeginn sicherzustellen.

Wir hoffen, dass Ihnen das gelingen wird. Vielen Dank für Ihre Zeit!



Aus den Ausbildungszentren



Bau Bildung Sachsen e.V.



Bau Bildung Sachsen-Anhalt e.V.

Nachwuchstalente messen sich beim BERUFSLEISTUNGSVERGLEICH BAU 2025

Das ÜAZ Glauchau war in diesem Jahr Gastgeber des **BERUFSLEISTUNGSVERGLEICHS BAU 2025** Sachsen/Sachsen-Anhalt. Zwei Tage lang zeigten die besten Auszubildenden aus beiden Bundesländern in den Berufen Beton- und Stahlbetonbauer/in, Maurer/in, Straßenbauer/in und Zimmerer/in ihr Können unter realistischen Prüfungsbedingungen. Die Veranstaltung bot nicht nur spannende Wettbewerbe, sondern auch ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm und eine feierliche Siegerehrung. Der Bauindustrieverband Ost und der Sächsische Baugewerbeverband unterstützten den Wettbewerb und stifteten gemeinsam den Sonderpreis für den Gesamtsieger: eine Powerstation mit Solarpanel von ANKER im Wert von 400,- Euro.

Der Leistungsvergleich machte einmal mehr deutlich, wie engagiert und leistungsfähig der Nachwuchs in der Bauwirtschaft ist – und wie wichtig solche Formate für die Attraktivität und Qualität der Ausbildung bleiben.



Preisträger

Platz	Name	Firma	Ausbildungszentrum
Maurer			
1	Ginter, Eugen	HBN Hochbau Nerger GmbH, Mülsen	HWK Chemnitz
2	Kern, Oskar	Klixer Bau GmbH, Bautzen	ÜAZ Bautzen
3	Schicker, Jonas	O.H.T. Hoch-und Tiefbau GmbH, Jahnathal	ÜAZ Leipzig
Beton- und Stahlbetonbauer			
1	Kuske, Finn	STRABAG AG Niedersachsen/ Sachsen Anhalt, Magdeburg	ÜAZ Magdeburg
2	Rammner, Franz	Otto Heil GmbH, Taucha	ÜAZ Leipzig
3	Bellmann, Vitus	Gunter Hüttner + Co. GmbH, Chemnitz	ÜAZ Glauchau
Zimmerer			
1	Israel, Armin	Zimmerei Pohl UG, Oderwitz	ÜAZ Bautzen
2	Franke, Moritz	WOLF SYSTEM GmbH, Stolpen	ÜAZ Dresden
3	Graupner, Samira	Zimmerei Hannes Graupner, Schlettau	HWK Chemnitz
Straßenbauer			
1	Menzel, Max	Bau GmbH Franke, Hainewalde	ÜAZ Bautzen
2	Sandig, Noah	Bauunternehmung Hartmann, Rechenberg-Bienmühle	HWK Chemnitz
3	Arndt, Elias	LSTW GmbH, Freiberg	ÜAZ Dresden



Aus den Ausbildungszentren



Nachhaltig in der Bauausbildung: zukunftsorientiert lernen

Die Baubranche muss nachhaltiger werden. Dafür braucht es ausgebildete Fachkräfte, die das morgen zukunftssicher gestalten. Hierfür entwickelt das Projektteam von »Nachhaltig im Bau« des Berufsförderungswerks der Bauindustrie Berlin-Brandenburg e. V. in Kooperation mit NELA. Next Economy Lab praxisorientierte Lehr-Lernformate, die das Ausbildungspersonal im Bauwesen direkt in den Unterricht einbauen kann. Das Projekt ist Teil des Programms Nachhaltig im Beruf - zukunftsorientiert ausbilden (NIB).



Foto: © NELA e.V. 2025

Im Frühjahr fanden im ÜAZ Brandenburg an der Havel und im Kompetenzzentrum für Nachhaltiges Bauen Cottbus die ersten Fortbildungen statt, bei denen das Projektteam das Lehr-Lernmaterial ausprobiert hat. Drei Tage haben die Teilnehmenden Fragen diskutiert wie: Inwiefern ist kreislaufgerechtes Bauen entscheidend für die Zukunft? Wie kann graue Energie vermieden werden?

Höhepunkt für die Teilnehmenden war unser Praxistag. Sie haben eine strohgedämmte Holzrahmenwand mit dem Pionierbetrieb HALM GmbH gebaut und erlebten hierbei vor Ort, wie nachhaltiges Bauen funktioniert. Die Fortbildung hat gezeigt: Nachhaltig im Bau heißt Langlebigkeit, Reparierfähigkeit und vorausschauender Materialeinsatz.

Im Herbst 2025 folgen zwei Online-Seminare speziell für Führungskräfte und betriebliche Auszubildende. Interessierte können sich bei **Jonas Bothe** (bothe@nexteconomylab.de) anmelden.

Mehr Infos gibt es auf der Projektwebseite: www.bfw-bb.eu/nbau/



Gefördert vom:

Das Projekt "Nachhaltig im Bau - Train-the-Trainer Schulungen und Community Building für eine berufliche Bildung für Nachhaltige Entwicklung in der Bauwirtschaft in Berlin-Brandenburg" wird im Rahmen des Programms "Nachhaltig im Beruf - zukunftsorientiert ausbilden" durch das Bundesministerium für Bildung, Familien, Senioren, Frauen und Jugend und die Europäische Union über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) gefördert.

nachhaltig-im-beruf.de



Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Kofinanziert von der Europäischen Union

Fachliche Begleitung



Administrative Begleitung



Karrieretag Bauwirtschaft



Am 26. Juni 2025 fand in der Villa Elisabeth in Berlin der diesjährige Karrieretag Bauwirtschaft statt. Die Veranstaltung brachte erneut zahlreiche Expertinnen und Experten, Studierende, Hochschulen, Lehrende und Unternehmen aus allen Bereichen des Bauwesens zusammen. Das vielfältige Programm reichte von Impulsvorträgen und einer Podiumsdiskussion über Karrierechancen bis hin zu intensiven Netzwerkgesprächen und einer Unternehmensmesse. Ziel war es, den direkten Austausch zwischen Wirtschaft und Nachwuchskräften zu fördern, aktuelle Branchenthemen zu diskutieren und Studierenden sowie Absolventinnen und Absolventen Perspektiven in der Bauwirtschaft aufzuzeigen.

Der Bauindustrieverband Ost war ebenfalls vertreten, richtete ein Grußwort an die Teilnehmenden und machte dabei deutlich, wie wichtig der offene Dialog zwischen Wirtschaft, Studierenden und Hochschulen ist. Dabei betonte der Wirtschafts- und Arbeitgeberverband die Notwendigkeit, gemeinsam neue Ideen zu entwickeln und Talente für die vielfältigen Aufgaben der Branche zu begeistern.



› Beton neu gedacht – CO₂-Reduktion durch Ziegelrezyklat

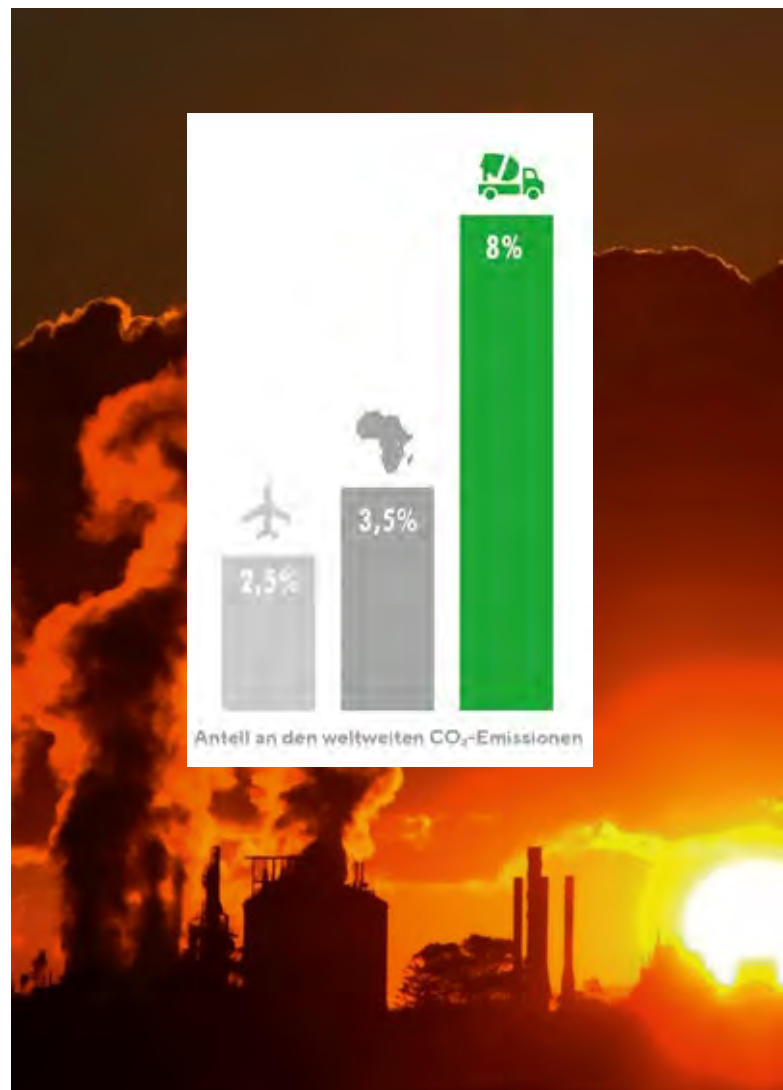


Übergang zwischen Altbeton (grau) und neuem Beton mit Ziegelmehl (rosa)

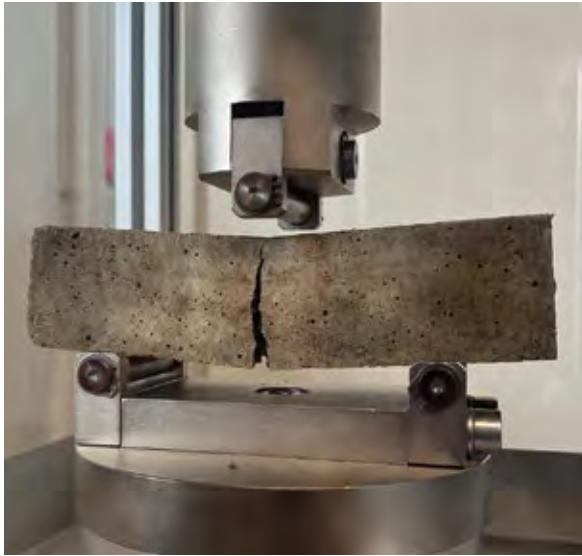
Die Bauwirtschaft steht zunehmend unter Druck, nachhaltiger und ressourcenschonender zu arbeiten. Besonders die Betonherstellung rückt dabei in den Fokus, denn die Produktion von Zement zählt weltweit zu den größten Einzelverursachern von Kohlenstoffdioxidemissionen. **Josefine Knoche** widmet sich in ihrer Masterarbeit an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig genau dieser Herausforderung. Ihre Forschung zeigt, wie sich mithilfe industriellen Ziegelrezyklats CO₂-reduzierter Beton herstellen lässt – ohne aufwändige Zusatzstoffe, ohne komplexe Verfahren.

Im Zentrum der Arbeit steht der Versuch, klassisches Zementmaterial teilweise durch feinkörniges Ziegelmehl zu ersetzen. Dieses Rezyklat fällt bei der industriellen Ziegelherstellung als Nebenprodukt an und muss bislang meist entsorgt werden. Durch seine mineralogische Zusammensetzung ist es jedoch prinzipiell geeignet, als Füllstoff im Beton zu dienen. Die Autorin entwickelte eine Reihe von Mischungsrezepturen, bei denen sowohl Zement als auch die Gesteinskörnung durch recycelte Materialien substituiert wurden.

Die Versuchsergebnisse belegen: Bei einem abgestimmten Anteil des Ziegelmehlanteils kann der Zementverbrauch signifikant reduziert werden. Wobei jedoch Veränderungen in den Frisch- oder Festbetoneigenschaften berücksichtigt bzw. weiterhin konkret untersucht werden müssen, wie beispielsweise eine höhere Steifigkeit des Frischbetons. Teilweise ließ sich in den Versuchen ein positiver Effekt auf die Druckfestigkeit nachweisen. Dies ist



Grafik: <https://extinctionrebellion.de/og/heidelberg/hd-cement/>



Versuchsaufbau zur Prüfung der Biegezugfestigkeit



Versuchsaufbau zum Prüfen der Druckfestigkeit



wahrscheinlich auf verschiedene Aspekte zurückzuführen, wie beispielsweise auf Veränderungen in den Betonrezepturen, aber ggf. auch auf die feine Verteilung der Ziegelpartikel. Speziell hierbei sind noch weiterführende Untersuchungen notwendig, um konkrete Aussagen zu den Gründen zu liefern. Die Kombination mit rezyklierter Gesteinskörnung führte zu differenzierteren Ergebnissen, was die Notwendigkeit weiterer Optimierung deutlich macht.

Ein besonderer Vorteil des gewählten Ansatzes liegt in der einfachen Verfügbarkeit und Verwendung des Rezyklats: Anders als viele Additive oder Spezialzemente erfordert das Ziegelmehl keine aufwändige chemische Vorbehandlung und kann direkt aus der Produktion weiterverarbeitet werden. Damit bietet sich eine realistische Option für die großtechnische Umsetzung in der Baustoffindustrie.

Die Arbeit von Josefine Knoche zeigt beispielhaft, wie technisches Know-how, Nachhaltigkeitsanspruch und industrielles Kreislaufdenken zu einem überzeugenden Gesamtkonzept verschmelzen können. Sie leistet damit einen konkreten und praxisorientierten Beitrag zur Weiterentwicklung zukunftsfähiger Baumaterialien und zur Verringerung der ökologischen Last des Bauens.

PREIS DER OSTDEUTSCHEN BAUINDUSTRIE 2025

Kategorie BAUINGENIEURWESEN

M. Sc.

Josefine Knoche

MASTERARBEIT

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur
Leipzig
Fakultät Bauwesen

»Entwicklung und Untersuchung eines
CO₂-reduzierten Betons durch Ziegelrezyklat«

Betreuer:

Prof. Dr.-Ing. Klaus Holschemacher

Urban LAB: Archipelago Dresden 2023



Abbildungen: Oliwia Fila



Zustand heute



Strategieplan

In unmittelbarer Nähe zur Dresdner Altstadt liegt das Ostragehege – ein stadträumlich bedeutendes Areal am Elbbogen, zu dem heute unter anderem Alberthafen, Messegelände, zahlreiche Sport- und Veranstaltungsflächen sowie weitläufige Wiesen und eine Flutrinne gehören. Einst kurfürstliches Jagdgebiet, später geprägt durch Hafennutzung, Großschlachthof und Industrie, ist die Fläche heute nur noch fragmentarisch genutzt. Brachen, versiegelte Lagerplätze und denkmalgeschützte Gebäude des ehemaligen Schlachthofes prägen ein Bild der Unentschlossenheit. In ihrer Diplomarbeit entwickelt **Oliwia Fila** ein städtebauliches Konzept, das diese Gegensätze produktiv aufnimmt und in eine nachhaltige, zukunftsgerichtete Vision überführt.

Kern der Arbeit ist der sogenannte »zirkuläre Ostra-Hub« – ein urbanes Reallabor für ressourcenschonendes Planen und Bauen. Dabei steht nicht die vollständige Umgestaltung des Gebietes im Vordergrund, sondern die gezielte Aktivierung vorhandener Potenziale und Anbindung bestehender Akteure insbesondere des Alberthafens und der Messe Dresden. Bestehende Gebäude wie ehemalige Futterställe oder das alte Kühlhaus werden in das Konzept eingebunden und umgenutzt. Ergänzt wird das Ensemble durch offene Werkstätten, Materiallager, Bildungsräume und Forschungsinfrastruktur, die gemeinsam ein Zentrum für Kreislaufwirtschaft im Bauwesen bilden.



Vertiefungsplan – Ausschnitt 2



Zukunftsvision für den Alberthafen



Konzept: Mobilität

Die Idee des zirkulären Bauens wird konsequent weitergedacht: Transport, Lagerung und Wiederverwendung von Materialien erfolgen in abgestimmten Logistikprozessen. Ein eigens konzipiertes Netzwerk von Sammelpunkten und Transportwegen in ganz Dresden sowie Verarbeitungsstationen im Entwurfsgebiet ermöglicht einen effizienten Ressourceneinsatz im gesamten Stadtgebiet. Durch die Anbindung an bestehende Verkehrswege, insbesondere an den Schienenverkehr, wird der Ort nicht nur funktional vernetzt, sondern auch öffentlich zugänglich gemacht. Die Arbeit beschränkt sich nicht auf technische Lösungen. Vielmehr verknüpft sie ökologische, soziale und gestalterische Ansprüche zu einem ganzheitlichen städtebaulichen Konzept. Öffentliche Wege und Bildungsangebote sollen das Areal für Besucherinnen und Besucher erlebbar machen. Der Ort wird zum Lern- und Experimentierraum, zum Ort des Austauschs und der Mitgestaltung.

Mit dem zirkulären Ostra Hub legt Oliwia Fila ein überzeugendes Modell vor, das bestehende urbane Strukturen wertschätzt und zugleich neue Perspektiven für nachhaltige Stadtentwicklung aufzeigt. Ihr Entwurf verbindet praktische Umsetzbarkeit mit architektonischer Vision und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur aktuellen Debatte um das Bauen der Zukunft.

**PREIS DER OSTDEUTSCHEN
BAUINDUSTRIE 2025**

Kategorie ARCHITEKTUR

Dipl. Ing.
Oliwia Fila

DIPLOMARBEIT
Technische Universität Dresden
Fakultät Architektur und Landschaft

»Urban LAB: Archipelago Dresden 2023«

Betreuerin:
Prof. Dipl.-Ing. Angela Mensing-de Jong

BERLIN

› Verwaltungsreform Berlin

Mit dem Inkrafttreten des Verwaltungsstrukturreformgesetz zum Jahresbeginn 2026 wird der Berliner Senat die Grundlage für die Neuregelung der Zuständigkeiten zwischen dem Berliner Senat und den einzelnen Bezirksverwaltungen geschaffen haben. So führt die Klarstellung von Zuständigkeiten zur Beschleunigung von Planungsprozessen. Durch das neugeschaffene Landesorganisationsgesetz kann der Senat bei stadtbedeutsamen Bauvorhaben schneller in stockende Entscheidungsprozesse eingreifen. Durch Standardisierung und Digitalisierung

der Verwaltungsprozesse wird der Zeitraum von Baugenehmigungen verkürzt. Gleichzeitig kann durch Pilotprojekte zukünftig von bestehenden rechtlichen Zuständigkeiten abgewichen werden, wodurch der Spielraum für innovative Bauverfahren wie modulares und serielles Bauen vergrößert wird. Die erhofften Effekte für die Baubranche sind weniger Stillstand und geringere Bürokratie durch klare Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung, was gleichzeitig zu mehr Verlässlichkeit bei Investoren und Bauunternehmen führen soll.

BERLIN

› EinfachBauenBerlin!



Foto: KKondor Wessels Bouw Berlin GmbH | © Thilo Kühne

Am 11. Juli 2025 fand die Auftaktveranstaltung des Prozesses »EinfachBauenBerlin!« auf Einladung von Bausenator **Christian Gaebler** statt. »EinfachBauenBerlin!« ist angelehnt an den Kooperationsansatz »Einfach Bauen Hamburg«, welcher alle wichtigen Akteure der Baubranche, Wohnungsbauunternehmen, Behörden und Politik in Hamburg integriert und gemeinsame Absprachen für ein vereinfachtes Bauen entwickelt. Das Land Berlin möchte dies nun übernehmen und bis Sommer 2026 Maßnahmen erarbeiten, die auch in Berlin das Bauen schneller und einfacher gestalten

sollen. Neben der Prüfung bestehender Herangehensweisen aus Hamburg sollen vor allem auch eigene Vorschläge erarbeitet werden. Diese betreffen die Handlungsfelder einfaches Bauen, Verfahrens-, aber auch Prozessbeschleunigung. Mögliche Ergebnisse sollen untergesetzliche Maßnahmen, aber auch Modell- und Forschungsprojekte sein. Die Bauindustrie Ost steht als Partner bereit, den Prozess zu begleiten und auch unter Anbetracht des engen Zeitrahmens an der Mitwirkung zu beschleunigten und vereinfachten Bauprozessen beizutragen.

BERLIN

› Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen Berlin

Am 15. Juli 2025 kam das Berliner Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen auf Einladung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin **Kai Wegner** im Roten Rathaus zusammen. Neben einem Lagebericht zum Berliner Wohnungsmarkt und einer Einordnung des Koalitionsvertrags durch den Bausektor **Christian Gaebler** stand vor allem die Unterzeichnung der erneuerten Bündnisvereinbarung im Mittelpunkt. In diesem verständigen sich die Bündnispartner auf die jährliche Zielmarke von 20 000 neuen Wohnungen in Berlin, die Weiterentwicklung von Förderprogrammen, aber auch die Prüfung von

Maßnahmen zur Baukostensenkung. Die Bauindustrie Ost sieht sich als konstruktiven Partner in diesem Bündnis, mahnt jedoch gleichzeitig an, dass aus Papieren auch Taten folgen müssen. Denn nur durch konkrete Verfahrensbeschleunigungen, Bürokratieabbau und Senkung von Baukosten lassen sich wirkliche Investitionen auslösen und konkrete Projekte voranbringen. Das Bündnis hat das Potenzial, eine echte Plattform des Fortschritts zu sein – die Branche steht dazu bereit, Verantwortung zu übernehmen und beim Wohnungsbau spürbar Tempo zu machen.

BRANDENBURG

› Bürokratieabbau im Fokus – BIVO als Sachverständiger im Landtag Brandenburg

Am 27. Juni 2025 war der BIVO als Sachverständiger zur Anhörung des Sonderausschusses Bürokratieabbau im Brandenburger Landtag eingeladen. Thema der Sitzung war der Abbau von Hürden in Planungs- und Genehmigungsverfahren – ein Bereich, der für die Bauwirtschaft von entscheidender Bedeutung ist.

Die Baubranche sieht hier seit Langem akuten Handlungsbedarf: Fördermittel aus dem Sondervermögen »Infrastruktur« können nur dann ihre volle Wirkung entfalten, wenn Verfahren schneller, transparenter und effizienter werden. Immer wieder scheitern Investitionsprojekte nicht an fehlender Finanzierung, sondern an langwierigen Abstimmungsprozessen, Medienbrüchen in der Verwaltung und unklaren Zuständigkeiten.

Im Rahmen der Anhörung machte der BIVO deutlich, dass die öffentliche Hand und die Bauwirtschaft hier nur gemeinsam Fortschritte erzielen können. Der Verband betonte die Bedeutung verlässlicher und verbindlicher Verfahrensabläufe, um Planungssicherheit zu schaffen und Kapazitäten in den Bauunternehmen sinnvoll einzusetzen. Besonders die schleppende Digitalisierung in vielen Bauämtern und die uneinheitliche Handhabung in den Landkreisen sorgen aktuell für erhebliche Verzögerungen.

Um konkrete Lösungen aufzuzeigen, legte der Verband den Abgeordneten seine »Top 10 Vorschläge

zum Bürokratieabbau« vor. Darin enthalten sind unter anderem folgende Kernforderungen:

- Flächendeckende Einführung digitaler Bauantragsportale auf Landesebene, inklusive verpflichtender Nutzung durch Verwaltung und Antragsteller.
- Verbindliche Bearbeitungsfristen und Einführung einer Genehmigungsfiktion, um Verfahren planbarer zu gestalten.
- Klare Zuständigkeiten und zentrale Verfahrenskordinatoren, um Abstimmungsprobleme zwischen Behörden zu vermeiden.
- Praxisnahe Überarbeitung technischer Standards und gesetzlicher Vorgaben, inklusive Bagatellgrenzen und größerer Ermessensspielräume.
- Vereinfachte, standardisierte Verfahren für Fördermittel und Vergaben, um insbesondere kleinere Kommunen zu entlasten.
- Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und -qualifizierung in den Bauverwaltungen.

Darüber hinaus regte der BIVO an, Landes- und Kommunalverwaltungen so aufzustellen, dass jederzeit eine ausreichende Zahl genehmigungsfähiger Projekte vorliegt, um Investitionsmittel schnell und wirksam einsetzen zu können. Die Diskussion im Ausschuss zeigte, dass der politische Wille zur Veränderung vorhanden ist. Jetzt müssen die angekündigten Reformen rasch und konsequent umgesetzt werden.

BRANDENBURG

› Antrittsbesuch bei Minister Tabbert



Am 8. Juli 2025 kam der BIVO mit **Detlef Tabbert**, Minister für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg, zu einem Antrittsbesuch zusammen. Neben der Verbandsvorstellung ging es

auch um die konjunkturelle Lage der Bauwirtschaft in Brandenburg, die Finanzierung der Infrastruktur durch das geplante Sondervermögen sowie den brandenburgischen Doppelhaushalt 2025/26, aber auch um das wichtige Thema des dringend benötigten Bürokratieabbaus. Bei letzterem ist es gerade aus Sicht der Baubranche relevant, dass die benötigten Gelder zur Infrastrukturmodernisierung nicht in einem Flaschenhals aus Genehmigungen und Verwaltungsvorgängen stecken bleiben. Im Zuge der durch das Sondervermögen zur Verfügung stehenden Mittel erhält Brandenburg jährlich etwa 447 Millionen Euro. Diese sollen vor allem den Ausbau und die Sanierung von Straßen, Brücken und kommunalen Verkehrswegen unterstützen. Dabei ist es im Interesse der Bauindustrie, dass diese Mittel dem Aspekt der Zusätzlichkeit unterliegen. Der BIVO dankt Minister Tabbert für den offenen Dialog – wir bleiben in Kontakt.

BRANDENBURG

› Gespräch mit der CDU-Fraktion Brandenburg

Am 15. Juli 2025 traf sich der BIVO im Brandenburger Landtag mit **Nicole Walter-Mundt**, baupolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, zu einem Gespräch. Themen waren u. a. die nach wie vor schwierige baukonjunkturelle Lage, die geplante Verwendung der Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur in Brandenburg sowie der Zustand der Straßen und Brücken im Land. Mit der Einrichtung eines Sonder-

ausschusses Bürokratieabbau, der geplanten Novellierung der Bauordnung des Landes sowie der anstehenden Umsetzung des Sondervermögens stehen aktuell drei bedeutende Themen im Fokus der politischen Arbeit in Brandenburg. Um die Positionen der Ostdeutschen Bauindustrie zu diesen und weiteren Themen zu schildern, sucht der BIVO weiterhin aktiv den politischen Austausch in seinem Verbandsgebiet.

SACHSEN

› Austausch mit Staatsministerin Kraushaar – klare Worte zur Infrastrukturfinanzierung

Am 2. Juni 2025 fand in Dresden ein Austausch des BIVO mit der Staatsministerin für Infrastruktur und Landesentwicklung **Regina Kraushaar** über die aktuellen Herausforderungen im sächsischen Bauwesen statt. Im Zentrum des Gesprächs standen die Finanzierung öffentlicher Bauvorhaben, die Lage im Wohnungsbau sowie die wachsende Belastung durch Normen und Bürokratie. Staatsministerin Kraushaar betonte die schwierige Haushaltslage und führte aus, dass aufgrund des knappen Budgets weniger Mittel für den Straßen- und Brückenbau im Haushaltsentwurf vorgesehen sind als

ursprünglich gewünscht. Das Ministerium setzt dabei Hoffnungen in das Sondervermögen des Bundes. Der BIVO seinerseits wies auf die vorhandenen Kapazitäten der Bauwirtschaft hin und sprach sich für mutigere Vergabeformen aus. Im Wohnungsbau forderte der Verband zudem praktikable Standards und weniger Vorgaben. Die Staatsministerin stimmte dem zu und machte deutlich, dass das Planen und Bauen einfacher und bezahlbarer werden müsse. Für eine geplante Befragung zur Entbürokratisierung sicherte der BIVO seine Unterstützung zu.

SACHSEN

› Sachsen beschließt Doppelhaushalt 2025/26 – Signalwirkung für Bau und Infrastruktur



Foto: shutterstock.com | © Mo Photography Berlin

Mit rund 50 Mrd. Euro erreicht der Etat ein Rekordvolumen, lässt jedoch aufgrund gebundener Ausgaben in Bereichen wie Personal und Soziales wenig Spielraum für neue Investitionen. Für das Staatsministerium für Infrastruktur und Landesentwicklung stehen insgesamt rund 4,4 Mrd. Euro zur Verfügung. Der soziale Wohnungsbau bleibt ein Schwerpunkt, auch kofinanzierte Programme mit Bund und EU werden weitergeführt.

Im Vorfeld hatte der BIVO am digitalen Haushaltsmeeting der SPD-Fraktion am 10. April 2025 teilgenommen. Dort wurde deutlich, dass der Straßen- und Brückenbau künftig mit jährlich nur noch 67,5 Mio. Euro ausgestattet wird – rund 30 Mio. Euro weniger als im Jahr 2024. Neue Projekte sind nicht vorgesehen – es gilt der Grundsatz Erhalt vor Neubau. Hoffnung besteht auf zusätzliche Investitionsspielräume durch den geplanten Sachsenfonds, der aus dem Sondervermögen des Bundes gespeist werden soll.

SACHSEN-ANHALT

› Novelle des Straßengesetzes Sachsen-Anhalt

Das Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt wird derzeit umfassend novelliert. Ziel ist es, Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsprozesse im Straßenbau zu modernisieren und zu beschleunigen. Wichtige Neuerungen sind unter anderem die klarere Definition des Geltungsbereichs, die Einführung einer neuen Straßenkategorie («außerörtliche Gemeindestraßen»), verbindliche Straßenverzeichnisse, Zustimmungsfiktionen bei baulichen Anlagen sowie umfangreiche Digitalisierungsschritte, etwa die Online-Veröffentlichung von Planfeststellungsverfahren. Auch Ausnahmen von der Planfeststellungspflicht, zum Beispiel bei Brückenersatzbauten oder Schutzmaßnahmen gegen Naturereignisse, sollen die Umsetzung beschleunigen.

Der BIVO hat Ende Juni 2025 dazu Stellung genommen und die Novelle grundsätzlich begrüßt. In seiner Kommentierung hebt der Verband insbesondere folgende Punkte hervor:

- Begrüßenswert sind die Digitalisierung von Verfahren, die Einbindung von Bebauungsplänen bei Straßeneinziehungen sowie die Einführung verbindlicher Fristen, die für mehr Verfahrenssicherheit sorgen.
- Positiv bewertet wird zudem die neue Duldungspflicht für Anlieger bei Unterhaltungsmaßnahmen, da sie Bauabläufe erheblich erleichtert, sowie die präzisere Regelung zur Umstufung von Straßen, die eine bisherige Lücke schließt.
- Kritisch angemerkt wird, dass Kommunen auch über die notwendigen personellen und technischen Ressourcen verfügen müssen, um die neuen Vorgaben – etwa bei der Aktualisierung von Bestandsverzeichnissen – fristgerecht umzusetzen. Ebenso mahnt der Verband an, dass zusätzliche Anforderungen, beispielsweise bei Umleitungen im Schülerverkehr, nicht zu unverhältnismäßigen Mehrbelastungen für Bauunternehmen führen dürfen.

SACHSEN-ANHALT

› Landesregierung novelliert Bauordnung – BIVO bringt sich ein

Die Bauordnung Sachsen-Anhalt soll umfassend geändert werden. Dabei liegt der Schwerpunkt auf einer stärkeren Anpassung an die Musterbauordnung, auf Vereinfachungen bei Umbauten und auf Maßnahmen zur Förderung des Klimaschutzes. Der BIVO hat zu den beiden vorliegenden Entwürfen – einem der Landesregierung und einem der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stellung genommen.

Der BIVO begrüßt zahlreiche Ansätze, die auf Vereinfachung und Kostensenkung zielen. Dazu gehören unter anderem die Erleichterungen bei Rettungswegen, die Möglichkeit zur Umnutzung bestehender Gebäude zu Wohnraum, neue Verfahren wie das Mitteilungsverfahren oder die Genehmigungsfreistellung beim Dachgeschossausbau. Positiv hervorgehoben werden auch die Genehmigungsfiktion zur Beschleunigung von Verfahren, die Anerkennung von Typenehmigungen anderer Länder sowie die Einführung einer Experimentierklausel (§ 86a), die Umbauten im Bestand erheblich erleichtert und damit den Wohnungsmarkt entlasten kann.

Kritisch äußert sich der Verband jedoch zu weiterhin bestehenden oder gar neuen Kostentreibern.

Besonders die Stellplatzpflicht bleibt nach seiner Einschätzung ein erheblicher Kostenfaktor, der dringend eingeschränkt werden sollte. Statt Zwangsaufgaben fordert der BIVO die Möglichkeit individueller Mobilitätsnachweise. Ebenso wird die Pflicht zur Schaffung von Kinderspielplätzen sowie die strenge Barrierefreiheitsregelung beanstandet, da diese zu Mehrkosten führen und Bauherren übermäßig einschränken. Auch bei den Vorschlägen der Grünen für zusätzliche Begrünungs- und Solarpflichten, Fahrradabstellräume und weitergehende Stellplatzvorgaben warnt der Verband vor einer Verteuerung des Bauens und zusätzlichen bürokratischen Hürden.

Insgesamt bewertet der BIVO die Novelle der Landesregierung überwiegend positiv, weil sie den Umbau- und Wohnungsbau erleichtert, sieht aber bei einzelnen Regelungen Nachbesserungsbedarf. Den Entwurf der Grünen lehnt der Verband dagegen in wesentlichen Teilen ab, da er zusätzliche Pflichten und Kosten einführt. Klar ist für den BIVO: Statt immer neuer Standards braucht es mehr Freiräume und Anreize, um kostengünstig, ressourcenschonend und klimaverträglich zu bauen.

SACHSEN-ANHALT

› Novelle des Vergabegesetzes – BIVO nimmt Stellung

Das Tariftreue- und Vergabegesetz Sachsen-Anhalt (TVergG LSA) wird umfassend novelliert. Ziel der Reform ist es, Tariftreue und Sozialstandards zu sichern, gleichzeitig aber auch die Vergabeverfahren effizienter zu gestalten. Der BIVO hat hierzu Ende Juli 2025 eine schriftliche Stellungnahme abgegeben. Besonders umstritten ist die Neuregelung des Bestbieterprinzips: Einerseits wird der Bürokratieabbau durch flexiblere Nachweisregelungen positiv bewertet, andererseits kritisiert der BIVO, dass Auftraggeber künftig auch von nachrangigen Bietern umfangreiche Nachweise verlangen können – ein Schritt, der das Prinzip faktisch wieder aushöhlen würde.

Auch die überarbeitete Regelung zur Tariftreue bringt nach Ansicht des Verbandes zwar gewisse Erleichterungen, bleibt aber weiterhin bürokratisch und rechtlich unsicher, insbesondere bei der Bestimmung

repräsentativer Tarifverträge. Positiv hebt der BIVO hervor, dass Doppelregelungen wie die Verpflichtung zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen oder die starre Sanktionsregelung gestrichen werden, da diese bislang zu unnötigem Aufwand geführt haben. Verbesserungen sieht der Verband zudem bei Nachunternehmern, Wertungsausschlüssen und Kontrollen, die künftig praxistauglicher ausgestaltet sind.

Kritisch beurteilt wird dagegen die Befristung der Neuregelungen bis Ende 2028. Der BIVO fordert stattdessen dauerhafte Klarheit, um Rechtssicherheit und Verlässlichkeit für Unternehmen zu schaffen. Der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband macht deutlich: Sachsen-Anhalt braucht ein modernes Vergaberecht ohne zusätzliche Hürden, damit insbesondere die Investitionen aus dem Bundes-Sondervermögen für Infrastruktur schnell und wirksam umgesetzt werden können.

SPD-Abgeordnete zu Gast im ÜAZ Magdeburg



Das Überbetriebliche Ausbildungszentrum (ÜAZ) Magdeburg von Bau Bildung Sachsen-Anhalt konnte auf Einladung des BIVO am 8. Juli 2025 **Falko Grube** und **Holger Hövelmann** von der SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt begrüßen. Der Besuch unterstreicht das große politische Interesse an einer starken, modernen und zukunftsfähigen Bauausbildung in Sachsen-Anhalt.

Andrea Heße, Leiterin des ÜAZ, stellte den Gästen das breite Ausbildungsspektrum vor – von Straßen- und Rohrleitungsbau über Gerüstbau bis zum Baugeräteführer. Diskutiert wurde insbesondere der Fachkräftemangel, die dringend notwendige Nachwuchsgewinnung und die zunehmende Bedeutung der Digitalisierung in der Ausbildung. Ein Highlight des Besuchs war der Praxistest an den modernen Baugerätesimulatoren. Die Abgeordneten konnten selbst erleben, wie digitale Technik bereits heute erfolgreich in der Ausbildung eingesetzt wird, um

junge Menschen praxisnah und zukunftsorientiert zu qualifizieren. Darüber hinaus wurden konkrete strukturelle Herausforderungen angesprochen: Problematisch ist aktuell, dass die angebotenen Berufssprachkurse nicht direkt am ÜAZ Magdeburg stattfinden können, sondern an die Berufsschule in Stendal gebunden sind – ein organisatorisches Hemmnis, das Auszubildenden mit Sprachförderbedarf zusätzliche Hürden auferlegt. Ein weiteres drängendes Thema ist der Mangel an Unterbringungsplätzen für Auszubildende am Standort Magdeburg.

Der Austausch machte deutlich: Eine leistungsfähige Bauwirtschaft braucht eine moderne, bedarfsgerechte und gut ausgestattete Ausbildungsinfrastruktur. Der BIVO unterstützt deshalb die Bestrebungen von Bau Bildung Sachsen-Anhalt, die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern – damit die Bauwirtschaft auch künftig gut ausgebildete Fachkräfte gewinnen und halten kann.



Zentraldeponie Cröbern

➤ Technisch anspruchsvoller Deponieausbau auf schwieriger Basis



TDE Mitteldeutsche Bergbau Service GmbH

Geschäftsführer

Jens Buchwald
Mirko Huber

Tätigkeitsschwerpunkte

Flächenmanagement und Gewässerüberwachung
Spezialtiefbau
Erd- und Tiefbau, Wasserbau
Instandhaltung und Bergbautechnik
Stahl-, Brücken- und Maschinenbau
Logistik und Entsorgung

TDE Mitteldeutsche Bergbau Service GmbH

Leipziger Str. 34A
04571 Rötha

www.tde-espenhain.de



Seit 2016 realisiert die TDE GmbH auf dem Gelände der WEV GmbH den 3. Bauabschnitt der Zentraldeponie Cröbern – ein technisch herausforderndes Großprojekt, das bis Ende 2025 abgeschlossen sein soll. Als DK II Deponie mit einem besonderen Ablagerungsbereich der DK III, erfüllt die Anlage hohe gesetzliche Anforderungen nach Deponieverordnung.

Kern des aktuellen Bauloses 3-A ist die Herstellung der ca. 1,5 ha großen Basisabdichtung des letzten Deponieabschnittes. Dabei bilden eine 3 m mächtige geotechnische Barriere und eine 1,5 m starke mineralische Dichtung aus Ton insgesamt 16 perfekt aufeinander abgestimmte Lagen für maximale Sicherheit. Die Anforderungen an Dichte, Setzungstoleranz und Langlebigkeit sind besonders hoch und unterliegen einem strengen Qualitätssicherungsplan mit mehreren Prüfinstanzen.

Der Baugrund stellt eine besondere Herausforderung dar: Die Deponie thront auf einer ca. 70 m hohen Abraumkippe aus dem Braunkohletagebau. Die prognostizierten Gesamtsetzungen betragen bis zu 3 m. Planung und Ausführung erfolgen daher nach der »Beobachtungsmethode«. Regelmäßige Setzungsanalysen liefern aktuelle Daten zum Untergrundverhalten, fließen direkt in den Bauablauf ein und verlangen von der TDE ein hohes Maß an Flexibilität und Präzision.

Zum Leistungsumfang gehören zudem eine 54,6-Meter-Tunnelverlängerung, der Ausbau der Deponieringstraße sowie wasserbauliche Maßnahmen. Mit abschnittsweiser Planung und laufender Qualitätsüberprüfung wird das komplexe Großprojekt schrittweise realisiert – ein wichtiger Beitrag zur modernen und umweltgerechten Abfallwirtschaft in Mitteldeutschland.

**TDE Mitteldeutsche Bergbau Service GmbH –
Technik. Leistung. Verlässlichkeit.**

Aus der Tradition der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie gewachsen, hat sich die TDE als kompetenter Partner der Bauindustrie etabliert. Mit technischer Expertise in Verfahren wie Rütteldruck-, Rüttelstopf-, Fallgewichts- und Sprengverdichtung positioniert sich das Unternehmen klar als fachkundiger Anbieter für Baugrundverbesserung. Am Standort Espenhain wurde der Werkstattkomplex gezielt weiterentwickelt – hier entstehen heute unter anderem Stahlbrücken und Sonderkonstruktionen. Die Bergbauerfahrung macht TDE außerdem zu einem verlässlichen Partner für den Neubau und die Instandsetzung komplexer industrieller Anlagen zur Aufbereitung und Veredlung mineralischer Rohstoffe sowie die Aufarbeitung von Verschleißteilen von Baumaschinen.



Ein Ort mit bewegter Geschichte – die Villa Herpich in Neubabelsberg



Es gibt Orte, an denen sich Geschichte wie in einem Brennglas konzentriert. Die Villa Herpich in der Neubabelsberger Villenkolonie ist so ein Fall.

Ihren Ausgang nimmt die Geschichte Anfang des 20. Jahrhunderts, als viele großbürgerliche Berliner Familien in die neugegründete Villenkolonie Neubabelsberg zogen. Sie versprachen sich exklusives Wohnen in idyllischer Lage abseits der hektischen und lärmbelasteten Großstadt. Unter ihnen befand sich auch der Inhaber des Pelzhandels C. A. Herpich & Söhne. Seine Familie baute 1910/11 auf der Kaiserstraße eine großzügige Villa mit direktem Zugang zum See und befand sich fortan in vornehmer Nachbarschaft zwischen Unternehmerfamilien, Vorständen von Banken und Stars des Babelsberger Filmbetriebs. Zu dieser Zeit ahnte noch niemand, dass die Villenkolonie einmal Schauplatz der Weltpolitik werden sollte.



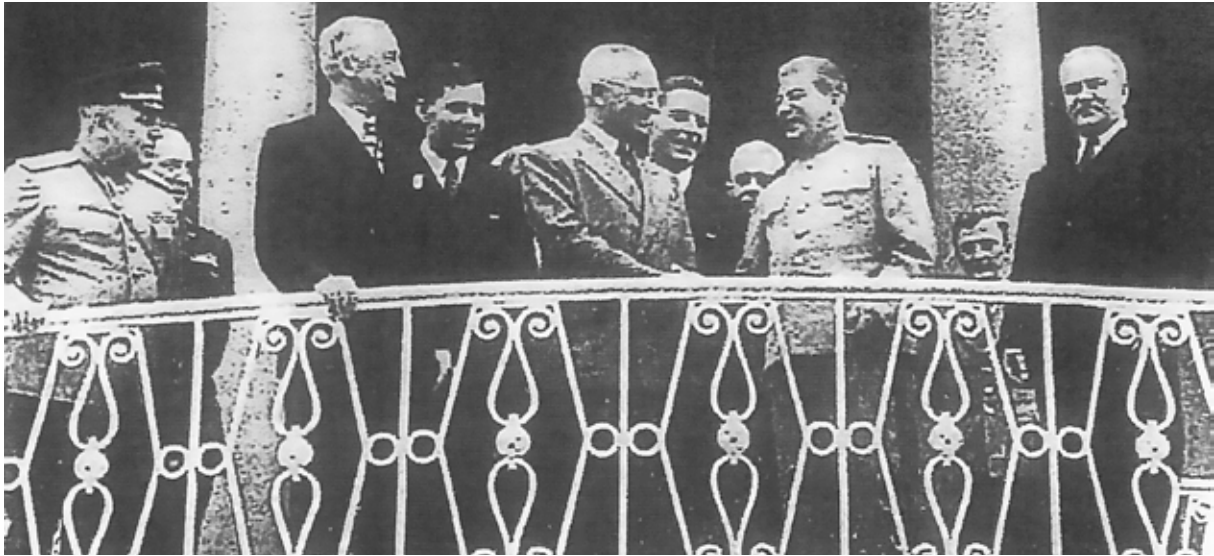
Quelle: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten

Denn gerade die Lage Potsdams – nahe bei Berlin und doch weniger zerstört – machte die Stadt am Ende des Zweiten Weltkriegs zu einem zentralen Verhandlungsort. Hier trafen sich nach der deutschen Kapitulation die Siegermächte USA, Vereinigtes Königreich und Sowjetunion, um über die europäische Nachkriegsordnung zu verhandeln. Die Sowjetunion trat als Gastgeberin auf und beschlagnahmte die zur Durchführung benötigten Gebäude im Potsdamer Stadtgebiet. Betroffen war zum einen das Gebiet um den Tagungsort Schloss Cecilienhof im Neuen Garten und zum anderen die Villenkolonie Neubabelsberg, die als Wohnort der Staatsgäste vorgesehen war. Zu diesem Zweck mussten die Anwohner ihre Häuser binnen kürzester Zeit verlassen; die Gebäude wurden vom sowjetischen Militär ausgeräumt.

So erging es auch der Witwe des Pelzhändlers Herpich, denn ihre Villa sollte einen ganz besonderen Gast beherbergen: Der sowjetische Diktator Josef Stalin residierte dort im Juli und August 1945. Auch US-Präsident Harry S. Truman und der britische Premierminister Winston Churchill wurden in Neubabelsberger Villen einquartiert. Die Kolonie war während der Potsdamer Konferenz in drei Besatzungszonen unterteilt.

Die Konferenz markierte einerseits das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa, andererseits bildete sie den Ausgangspunkt für den Kalten Krieg, die Teilung Europas und der Welt in Interessensphären sowie den Eintritt ins Atomzeitalter. Während der Konferenz war der Krieg in anderen Teilen der Welt, insbesondere im Pazifik, noch nicht beendet.





Quelle: unbekannt, Archivmaterial, 1945

Nachdem die Potsdamer Erklärung vom 26. Juli 1945 – ein Ultimatum zur bedingungslosen Kapitulation – vom japanischen Kaiserreich ignoriert worden war, folgten die Atombombenabwürfe der USA auf Hiroshima und Nagasaki. Umstritten ist, ob US-Präsident Truman noch während seines Aufenthalts in Potsdam den Befehl zum Abwurf der Atombomben gab oder kurz darauf. Europa sollte noch Jahrzehnte durch den »Eisernen Vorhang« geteilt sein, der die westlich orientierten Staaten mit marktwirtschaftlichen Systemen von den kommunistischen Ländern trennte.

Stalins Wohnstätte in der ab 1945 nach Karl Marx benannten Straße wurde auch nach der Konferenz weiter vom sowjetischen Militär genutzt. Bald zierte den Eingangsbereich eine Gedenktafel mit der Aufschrift »Josef Wissarionowitsch Stalin, der große Schüler Lenins und Fortsetzer seines Werkes, wohnte und arbeitete in diesem Haus.« Anfang der 1950er Jahre richtete man im ehemaligen Tagungsort Schloss Cecilienhof sowie in der inzwischen als Stalinhaus bezeichneten Villa Herpich eine Gedenkstätte ein, die die Rolle der Sowjetunion im Kampf gegen Hitler betonte und stark vom Personenkult um Stalin geprägt war. Als nach dem Tod des Diktators immer mehr seiner Verbrechen offenkundig wurden, wurde die Ausstellung in der Villa geschlossen. Fortan nutzte sie die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft – eine Art Kaderschmiede für Eliten der DDR. Ein paar Jahre später bezog die Hochschule für Film und Fernsehen – die Vorgängerinstitution der Filmuniversität Babelsberg – das Gebäude. Sowohl die Akademie als auch die Hochschule nutzten in der Villenkolonie zahlreiche Bauten. Der einstige Wohnort großbürger-

licher Eliten war zu einer Art abgeschirmten Ausbildungszentrum unter starker staatlicher Bewachung geworden. Den Griebnitzsee durchdrang die innerdeutsche Grenze. Die prachtvollen Gärten der Villen wurden für den Grenzstreifen dezimiert, Fenster zur Seeseite zugemauert.

Im Zuge der deutschen Einheit wurde die Villa an die Erben des Pelzhändlers Herpich zurückgegeben. Das Mobiliar ist immer noch verschollen. Die Familie verkaufte das Gebäude 1994 an den Bauindustrieverband, der es sanierte und bis heute nutzt.

Noch in der Nachkriegszeit wurde die Gedenktafel im Eingangsbereich durch eine neue Tafel ersetzt, die an die bewegte Geschichte des Ortes erinnert: »In diesem Hause wohnte während der Verhandlungen der Alliierten zum Potsdamer Abkommen vom 17. Juli bis 2. August 1945 die sowjetische Delegation unter der Leitung von J. W. Stalin.«

Autorin:

Iris Johanna Bauer

Doktorandin/Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung
Am Neuen Markt 1
14467 Potsdam

E iris.bauer@zzf-potsdam.de

Direktor des Leibniz-Zentrum für
Zeithistorische Forschung

Prof. Dr. Frank Bösch

Professor für Europäische Geschichte des
20. Jahrhunderts

Historisches Institut
Universität Potsdam
Am Neuen Palais 11
14469 Potsdam

E fboesch@uni-potsdam.de

› Fehlender Vermittlungsauftrag an die Bundesagentur für Arbeit bei der Stellenbesetzung kann ein Indiz für eine Benachteiligung sein

Der Fall:

Auf seine Bewerbung als Scrum Master/Agile Coach erhielt eine schwerbehinderte Person eine Absage. Er war der Meinung, dass er wegen seiner Schwerbehinderung im Bewerbungsverfahren diskriminiert worden sei. Gerügt wurde vor allem ein Verstoß gegen die Verpflichtung des Arbeitgebers nach § 164 Abs. 1 Satz 2 SGB IX (Vermittlungsauftrag an die Agentur für Arbeit). Der Arbeitgeber habe die Stellenanzeige zwar der Agentur für Arbeit übermittelt und auf der Jobbörse veröffentlicht, jedoch keinen Vermittlungsauftrag an die nach § 187 Abs. 4 SGB IX bei der Agentur für Arbeit eingerichtete besondere Stelle erteilt. Vor Gericht hatte die Person daher Klage auf eine Entschädigung gemäß § 15 Abs. 2 AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) eingereicht.

Der beklagte Arbeitgeber verteidigte sich damit, dass die Entscheidung für einen anderen Bewerber schon gefallen war, bevor die Bewerbung des schwerbehinderten Bewerbers eingegangen sei. Der andere Bewerber hatte die Stelle auch bereits angenommen. Damit sei eine Diskriminierung wegen der Schwerbehinderung ausgeschlossen.

Die Entscheidung:

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) entschied mit Urteil vom 27.03.2025 (Az.: 8 AZR 123/24), dass der Kläger keinen Anspruch auf Entschädigung nach § 15 Abs. 2 AGG hat, da sich der Arbeitgeber erfolgreich exkulpieren konnte. Dabei stellte das BAG zunächst fest, dass der Kläger gegenüber dem Bewerber, der die Stelle bekommen hat, benachteiligt wurde. Ein Anspruch auf Entschädigung entstehe aber nur dann, wenn diese Benachteiligung auch wegen der Schwerbehinderung erfolgt sei. Dass dies nicht der Fall ist, müsse der Arbeitgeber beweisen. Das BAG führt dazu aus, dass eine Diskriminierung wegen der Behinderung nach § 22 AGG regelmäßig vermutet wird, wenn ein Verstoß gegen Verfahrensvorschriften zugunsten von Menschen mit einer Behinderung vorliegt. Der beklagte Arbeitgeber habe die Stellenanzeige an die Agentur für Arbeit zwar übermittelt, aber keinen Vermittlungsauftrag an eine qualifizierte Stelle gegeben. Dies stelle einen Verstoß gegen die Verpflichtung des

Arbeitgebers gemäß § 164 Abs. 1 S. 2 SGB IX dar. Für eine ordnungsgemäße Meldung offener Stellen bei der Agentur für Arbeit sei es nicht ausreichend, dass das Stellenangebot über die Jobbörse der Agentur für Arbeit veröffentlicht wird; es sei auch die Erteilung eines Vermittlungsauftrags erforderlich. Dem beklagten Arbeitgeber gelang es jedoch, die Vermutung durch Zeugenaussagen und unter Vorlage von E-Mail-Schriftverkehr erfolgreich zu widerlegen. So konnte er nachweisen, dass das Bewerbungsverfahren schon vor Eingang der Bewerbung des Klägers abgeschlossen war. Demnach wurde die Entscheidung, die Stelle mit einem anderen Kandidaten zu besetzen, final am 24. August 2021 um 11:09 Uhr getroffen. Die Bewerbung des schwerbehinderten Klägers sei aber erst eine Stunde später eingegangen, so dass der Grund für die Absage gewesen sei, dass das Stellenbesetzungsverfahren bereits beendet war. Die Behinderung war nicht ausschlaggebend.

Praxishinweis:

Arbeitgeber sind gemäß § 164 Abs. 1 Satz 1 SGB IX verpflichtet zu prüfen, ob freie Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen, insbesondere mit bei der Agentur für Arbeit arbeitslos oder arbeitsuchend gemeldeten schwerbehinderten Menschen, besetzt werden können. Arbeitgeber müssen daher nach § 164 Abs. 1 Satz 2 SGB IX frühzeitig Verbindung mit der Agentur für Arbeit aufnehmen. Was »frühzeitig« ist, wird im Gesetz und der Rechtsprechung nicht näher definiert. Die Agentur für Arbeit sollte jedoch einen entsprechenden Vorlauf für die Erarbeitung von Vermittlungsvorschlägen erhalten, sodass die juristische Literatur davon ausgeht, dass die Meldung mindestens eine Woche vor der öffentlichen oder internen Bekanntmachung der Ausschreibung erfolgt. Die bloße Einstellung in die Online-Jobbörse der Agentur für Arbeit genügt nicht, wenn nicht gleichzeitig ein Vermittlungsauftrag erteilt wird. Bei einem Verstoß des Arbeitgebers gegen diese Vorgaben riskiert er bei einer Klage, dass das Gericht eine Diskriminierung wegen der Behinderung vermutet und eine Entschädigung zuspricht. Die Vermutung der Diskriminierung muss der Arbeitgeber in einem solchen Fall erst widerlegen. Im entschiedenen Fall ist dies gelungen, weil das Bewerbungsverfahren bereits abgeschlossen war.

› Aus dem Verband

Arbeitskreis Arbeitsrecht

Am 4. Juni 2025 kam der Arbeitskreis Arbeitsrecht in Präsenz in Leipzig zusammen. **Dr. Birgit Verworn**, Referatsleiterin Strategie und Zukunft der Arbeit bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, informiert online als Referentin über künstliche Intelligenz bei der Personalarbeit. Im Recruiting verspreche der Einsatz digitaler Lösungen gesteigerte Produktivität und Effizienz, aber auch mehr Transparenz und Chancengleichheit unter den Bewerberinnen und Bewerbern. Der BIVO stellte sodann die geplanten Änderungen gemäß Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung im Arbeits- und Sozialrecht vor. Insbesondere sind der Abbau von Schriftformerfordernissen, die Einführung einer Aktivrente, Änderungen im Arbeitszeitrecht, die Verabschiedung eines Bundestariftreuegesetzes und Änderungen bei der betrieblichen Mitbestimmung geplant. Anschließend berichtete der Verband über aktuelle Entwicklungen bei der Arbeitszeiterfassung. Laut einem Beschluss des Bundesarbeitsgerichts sind die Arbeitgeber bereits jetzt kraft Gesetzes nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 ArbSchG verpflichtet, die gesamten Arbeitszeiten aller Arbeitnehmer aufzuzeichnen. Es gäbe bereits jetzt vereinzelte Anordnungen der zuständigen Arbeitsschutzbehörden gegenüber Unternehmen. Im Koalitionsvertrag sei geregelt, dass die Pflicht zur elektronischen Erfassung von Arbeitszeiten unbürokratisch geregelt werden soll.

Abschließend berichtete der BIVO, dass sich die drei Tarifvertragsparteien auf eine rückwirkende Erhöhung der Erstattungssätze für die überbetriebliche Ausbildung, eine Absenkung des Berufsbildungsbeitrages um 0,3 Prozent und eine Erhöhung der Rentenzusage sowie des Beitrages für die Tarifrente Bau im Tarifgebiet Ost um 0,3 Beitragspunkte ab Juli 2025 geeinigt haben.

Arbeitskreis Digitalisierung

Am 11. Juni 2025 fand die 21. Sitzung des Arbeitskreises Digitalisierung des Bauindustrieverbandes Ost in der Geschäftsstelle Berlin statt. Im Fokus standen die Vorstellung diverser Best-Practice-Beispiele wie das Forschungsprojekt Construct-X, ein Open-Source-Datenraum für Logistikmanagement und Bauablaufplanungen, vorgetragen von **Dr. Dirk Ebersbach** (VIA IMC GmbH), die Vorstellung einer Anwendung zur digitalen Materialbeschaffung durch das ConTech comstruct, von **Henrich Meinhardt**, aber auch die Anwendung von Geo-Informationssystemen bei der Planung und Durchführung von Bauprojekten durch **Nora Vögele** von ESRI Deutschland.

Sozialpolitischer Ausschuss

Am 16. Juni 2025 führte der Sozialpolitische Ausschuss unseres Verbands ein Online-Meeting zum Tarifvorschlag vom 4. Juni 2025 durch. Dort ging es um die Anpassung der Erstattungssätze für überbetriebliche Ausbildungszentren, Entgeltumwandlung für Mobilität und Soziale Absicherung, Winterbeschäftigungsumlage und die Renten-Tarifverträge TV TZA und TVR.

Die Referentin **Christine Heydrich**, Geschäftsführerin der Sozialkasse Berlin berichtete über die Situation in Berlin. Die auf der Bundesebene beschlossenen Änderungen sollen zunächst evaluiert und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt teilweise nachvollzogen werden. Hierzu entwickelte sich im Nachgang eine lebhaft Diskussions. Im Anschluss wurden die Teilnehmer gebeten, anhand der übersandten Abstimmungszettel ihr Votum abzugeben.

Am 26. Juni 2025 fand sodann eine reguläre Präsenzsitzung statt. Die Referentin **Anne Magiera** vom Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) trug zu der Erhöhung der Erstattungssätze vor. Diese sei rückwirkend zum Mai 2024 um 13 Prozent

dringend nötig gewesen. Dennoch habe die SOKA Wiesbaden eine Beitragssenkung um 0,3 Prozent ab Januar 2026 als möglich errechnet aufgrund des zu erwartenden Rückgangs der Auszubildenden in 2025 und 2026 um jeweils 4 Prozent. Beim Urlaubskassenbeitrag habe es hingegen keine Absenkung gegeben. Beim TV TZA (Altersversorgung) bleibt es zunächst ebenfalls bei der alten Vereinbarung vom 5. Juni 2014.

Bei der Winterbeschäftigungsumlage wurde die vorübergehende Halbierung des Beitrags für ein Jahr vereinbart.

Schließlich wurde noch zu den weiteren Tarifverhandlungen im laufenden Jahr 2025 (13. Monats-einkommen, Wegezeitentschädigung, BRTV, RTV-Angestellte) und zum aktuellen Stand des Vollzugs der Arbeitszeiterfassung durch die Arbeitsschutzbehörden informiert.

Fachabteilung Leitungsbau Ost

Die diesjährige Jahressitzung der Fachabteilung Leitungsbau Ost fand am 24. Juni 2025 in den Räumen der Hauptgeschäftsstelle des Verbandes in Potsdam statt. Aktuelle Informationen aus dem Verband sowie als Topthema die aktuellen Herausforderungen und Planungen der Berliner Wasserbetriebe BWB in den kommenden Jahren standen auf der Tagesordnung. Hierzu wurden als Gäste begrüßt: die Leiterin Planung und Bau Netze, der Leiter Netzausbau Berlin im Bereich Ost sowie ein Experte der BWB beim Thema Digitalisierung. Die Gäste gaben zu ihren Themen einen kurzen Impuls in dessen Anschluss sich eine äußerst lebhaft wie interessante Diskussionsrunde unter den Teilnehmern ergab. Einen weiteren Tagesordnungspunkt bildete ein Vortrag zum Thema IT-/Cybersicherheit.



Fünftes Treffen des Ältestenrates



Bei hochsommerlichem Wetter kam der Ältestenrat des Verbandes am 26. Juni 2025 zu seiner fünften Sitzung zusammen. Ausgangspunkt des diesjährigen Treffens war das historische Verbandshaus des Bauindustrieverbandes Ost, die Villa Herpich, auch »Stalin-Villa« genannt, in welcher der Verbandspräsident **Jörg Muschol** zu den aktuellen Herausforderungen der Branche berichtete. Anschließend schloss sich ein geführter Rundgang durch die Villenkolonie Neubabelsberg an. Die Teilnehmer flanieren entlang des Griebnitzsees, unter anderem vorbei am ehemaligen Wohnhaus von Hans Marchwiza und der von Mies van der Rohe erbauten »Churchill-Villa« Urbig. Die Veranstaltung wurde mit einem gemeinsamen Mittagessen beschlossen. Die Zusammenkunft des Ältestenrates wird im nächsten Jahr – wie zuletzt 2022 – wieder im Bundesland Sachsen-Anhalt stattfinden.

Gesprächskreis Nachhaltigkeit

Unter dem Thema der EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung kamen am 12. August 2025 die Mitglieder des Gesprächskreises Nachhaltigkeit zu einem online-Meeting zusammen. Neben der Darlegung des aktuellen Stands zum EU-Omnibus-Verfahren durch **Marius Graf** vom Hauptverband der Deutschen Bauindustrie stellte **Stephanie Kopp** die Unterstützungsangebote des Deutschen Nachhaltigkeitskodex zur Berichterstattung vor. Trotz der kommenden Vereinfachungen durch das Omnibus-Verfahren stellt die Berichtspflicht für viele Unternehmen weiterhin eine bürokratische Belastung dar. Darüber hinaus wurden bereits aufgebaute Ressourcen durch die anteilige Verschiebung der Berichtspflichten vorerst nicht mehr benötigt.

› Verbandsinfo



Wir gratulieren ...

... 35 Jahre Teichmann Bau!

Der Bauindustrieverband Ost gratuliert seinem Mitgliedsunternehmen **Teichmann Bau GmbH** herzlich zum 35-jährigen Bestehen. Seit der Gründung im Jahr 1990 hat sich Teichmann Bau mit großem Engagement und hoher Fachkompetenz als zuverlässiger Partner im regionalen Markt etabliert. Rund 150 Mitarbeitende realisieren anspruchsvolle Projekte in den Bereichen Straßen- und Tiefbau, Kanal- und Rohrleitungsbau, Wasserbau, Erdbau sowie der Gestaltung von Außenanlagen.

Wir freuen uns mit der Geschäftsführung und allen Mitarbeitenden über dieses Jubiläum und wünschen weiterhin viel Erfolg und alles Gute für die Zukunft!

... 20 Jahre HIW Hoch- und Ingenieurbau Wilsdruff!

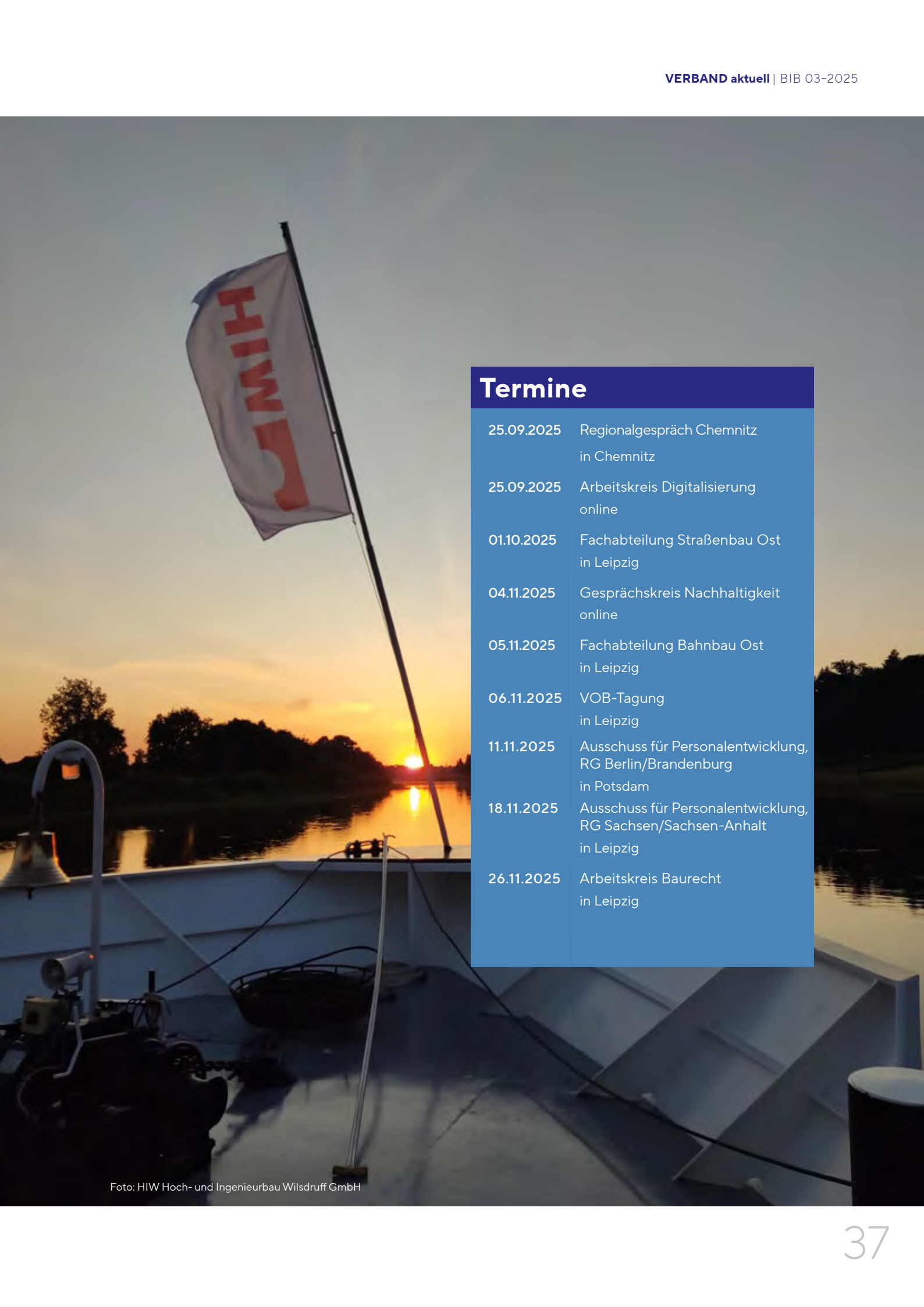
Seinem Mitgliedsunternehmen **HIW** gratuliert der BIVO herzlich zum 20-jährigen Bestehen. Am 20. Juni 2025 feierten über 250 Gäste – darunter auch Vertreter unseres Verbandes – dieses Jubiläum an Bord der MS Gräfin Cosel. Bei bestem Sommerwetter ging es elbaufwärts, begleitet von guter Stimmung, exzellentem Essen und einer eindrucksvollen Zeitreise durch die Unternehmensgeschichte.

HIW hat in 20 Jahren über 500 Bauprojekte mit mehr als 250 Millionen Euro Bauvolumen erfolgreich realisiert. Besonders vorbildlich: Unter dem Motto »Spenden statt Schenken« sammelte das Unternehmen über 10.000 Euro für den Sonnenstrahl e. V. Dresden.

... 35 Jahre BUG Verkehrsbau SE!

Im Juli fand die Feier unseres Mitglieds **BUG Verkehrsbau SE** zum 35-jährigen Bestehen statt. Seit ihrer Gründung im Jahr 1990 hat sich die BUG Verkehrsbau SE zu einem bedeutenden Partner im deutschen Infrastrukturbau entwickelt. Das Unternehmen steht für Erfahrung, Qualität und Innovation – vom klassischen Gleisbau über Ingenieur- und Tiefbau bis hin zu modernen Komplettlösungen für die Bahninfrastruktur. Als Mitglied im Bauindustrieverband Ost e. V. setzt sich die BUG Verkehrsbau SE für hohe Standards in der Branche und den nachhaltigen Ausbau leistungsfähiger Verkehrswege ein – ein wichtiger Beitrag für die Mobilität von morgen.

Wir gratulieren dem gesamten Team herzlich zu 35 Jahren erfolgreicher Unternehmensgeschichte und wünschen weiterhin viel Erfolg und spannende Projekte!



Termine

- | | |
|------------|---|
| 25.09.2025 | Regionalgespräch Chemnitz
in Chemnitz |
| 25.09.2025 | Arbeitskreis Digitalisierung
online |
| 01.10.2025 | Fachabteilung Straßenbau Ost
in Leipzig |
| 04.11.2025 | Gesprächskreis Nachhaltigkeit
online |
| 05.11.2025 | Fachabteilung Bahnbau Ost
in Leipzig |
| 06.11.2025 | VOB-Tagung
in Leipzig |
| 11.11.2025 | Ausschuss für Personalentwicklung,
RG Berlin/Brandenburg
in Potsdam |
| 18.11.2025 | Ausschuss für Personalentwicklung,
RG Sachsen/Sachsen-Anhalt
in Leipzig |
| 26.11.2025 | Arbeitskreis Baurecht
in Leipzig |

Baukonjunktur in Zahlen

Kapazitäten

Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr Januar bis Juni 2025		Gebiet Bauindustrieverband Ost				Ost-deutschland
		Berlin	Brandenburg	Sachsen	Sachsen-Anhalt	
Betriebe	Anzahl	310	367	588	294	2.073
	% zu Jan-Jun'24	+21,2	+8,7	-2,9	-2,9	+2,0
Tätige Personen ¹	Anzahl	16.918	19.066	32.055	17.111	109.462
	% zu Jan-Jun'24	+9,2	+3,7	-0,3	+0,8	+1,5
Bruttoentgeltsumme	1.000 EUR	407.634	431.529	682.958	365.785	2.390.143
	% zu Jan-Jun'24	+12,4	+7,5	+4,5	+5,5	+6,2

¹ Personen, die ausschließlich für die Erbringung von baugewerblichen Leistungen der Unternehmen tätig sind.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bauindustrieverband Ost e. V.

Januar–Juni 2025

Gebiet Bauindustrieverband Ost
Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr

Kapazitäten
Auftragseingang
Umsatz

Auftragseingang

Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr Januar bis Juni 2025		Gebiet Bauindustrieverband Ost				Ost-deutschland
		Berlin	Brandenburg	Sachsen	Sachsen-Anhalt	
Gesamt	1.000 Euro	1.770.794	2.410.557	3.295.681	1.395.953	10.784.233
	% zu Jan-Jun'24	+26,6	+70,7	+5,3	-0,6	+13,7
Wohnungs- bau	1.000 Euro	624.091	273.314	309.927	138.507	1.551.760
	% zu Jan-Jun'24	+53,2	+23,0	-8,6	+20,6	+17,5
Wirtschafts- bau	1.000 Euro	726.148	1.410.205	1.736.181	778.330	5.435.629
	% zu Jan-Jun'24	+6,4	+109,9	+26,8	+12,5	+31,2
Öffentlicher Bau	1.000 Euro	420.551	727.037	1.249.566	479.119	3.796.848
	% zu Jan-Jun'24	+36,1	+40,3	-12,1	-19,7	-5,5
darunter Straßenbau	1.000 Euro	182.956	384.837	659.368	275.041	1.934.367
	% zu Jan-Jun'24	+19,9	+19,2	-0,4	-29,6	-5,5

Umsatz

Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr Januar bis Juni 2025		Gebiet Bauindustrieverband Ost				Ost-deutschland
		Berlin	Brandenburg	Sachsen	Sachsen-Anhalt	
Gesamt²	1.000 Euro	1.951.382	1.675.503	2.890.511	1.323.631	9.810.698
	% zu Jan-Jun'24	+4,2	+2,7	+1,9	+4,5	+1,9
Wohnungs- bau	1.000 Euro	749.246	388.484	289.328	111.446	1.792.329
	% zu Jan-Jun'24	-6,6	+0,3	-13,0	-14,9	-7,9
Wirtschafts- bau	1.000 Euro	710.038	761.057	1.604.376	712.848	4.560.436
	% zu Jan-Jun'24	+5,9	+6,5	+9,4	+8,1	+5,7
Öffentlicher Bau	1.000 Euro	492.098	525.963	996.808	499.331	3.457.950
	% zu Jan-Jun'24	+23,2	-0,6	-4,0	+4,9	+2,7
darunter Straßenbau	1.000 Euro	168.718	263.730	424.219	239.189	1.469.674
	% zu Jan-Jun'24	+1,2	+1,6	-5,3	-8,9	-2,7

² Einschließlich sonstiger Umsatz (= Umsatz aus nichtbaugewerblichen Leistungen von Bauunternehmen)



BiB
Bau im Blick

IMPRESSUM

Ausgabe: 03 | 2025
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Herausgeber: Bauindustrieverband Ost e. V.
Karl-Marx-Straße 27, 14482 Potsdam
T 033174 46-0
F 033174 46-166
E info@bauindustrie-ost.de

**Haupt-
geschäftsführer:** Dr. Robert Momberg

**Verantwortlich
für die Redaktion:** Daniel Anger
Ressortleiter Politik und
Kommunikation

**Redaktions-
mitarbeit:** Dr. Robert Momberg
Annika Dittich
Mathias Kahrs
Herbert Mackenschins
Hubertus Nelleßen
Dmytro Omelchenko
Mathis Preun
Michael Schmidt
Maurits Schulze

Layout/Satz: markenzoo eG, Dr. Sven Lehmann
Dresden 2025

Fotonachweis: Bauindustrieverband Ost e. V.

Druck: addprint AG, Bannewitz/OT Possendorf